

## Niederschrift

über die 20. Sitzung des Stadtrates  
am 21.03.2002 im Großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

Unter Vorsitz von Bürgermeister Heinrich Stommel nehmen folgende Stadtverordnete (StV) an der Sitzung teil:

Schmitz, Peter,	1. stellv. Bürgermeister
Marquardt, Martin,	2. stellv. Bürgermeister
Anhalt, Wolfgang,	StV
Beck, Dr. Friedhelm,	StV
Beginn, Arnold,	StV abwesend
Behrens-Hommel, Eva,	StV
Birx, Michael,	StV
Bochem, Hans-Peter,	StV
Bongartz, Hubert,	StV
Borowski, Helma,	StV
Capellmann, Peter,	StV
Doose, Friederike,	StV
Esser-Faber, Margarete,	StV
Fink, Ulrike,	StV
Fitting, Hans Willi,	StV
Frey, Heinz,	StV
Friedrich, Egbert,	StV abwesend
Granderath, Bernd,	StV
Gruben, Martina,	StV
Gunia, Wolfgang,	StV
Gussen, Erich,	StV
Hövelmann, Jens,	StV
Hoven, Matthias,	StV
Kieven, Hubert,	StV
Köhne, Franz-Josef,	StV
Kolonko-Hinssen, Eva-Maria,	StV
Lambertin, Servatius,	StV
Lohn, Helmut,	StV
Meyer, Hans,	StV
Müller, Heinz,	StV
Neuenhoff, Claus Hinrich,	StV
Pelzer, Klaus,	StV
Peterhoff, Arnold,	StV
Pott, Hildegard,	StV
Riesen, Karl-Heinz,	StV
Schumacher, Dr. Helmut,	StV
Stauch, Ingrid,	StV
Staufmehl, Helmut,	StV
Talarek, Anke,	StV

van Snick, Doris,	StV
Viertmann, Karl,	StV
Wilms, Wilfried,	StV

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Schulz, Martin	Beigeordneter
Krause, Joachim	Dezernent
Spelthann, Edmund	Kämmerer
Haffner, Kerstin	Rechtsamtsleiterin
Heinen, Helmut	Hauptamtsleiter
Muckel, Frank	Schriftführer

Bürgermeister Stommel eröffnet gegen 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Stadtrat beschlussfähig ist.

Weiterhin schlägt er vor, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um die Beratungspunkte

- 8.a Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Baumaßnahme „Neubau Brücke Lobsgasse“  
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -
- 8.b Außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Verlegung von Versorgungsleitungen im Rahmen der Baumaßnahme „Neubau Brücke Bongardstraße“  
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -
- 8.c Errichtung von Spielplätzen;  
hier: Mittelbereitstellung im Vorgriff auf den Haushalt 2002  
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung –

zu erweitern. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Die Tagesordnung stellt sich unter Berücksichtigung der Erweiterungen wie folgt dar:

### **Tagesordnung:**

- A. Öffentlicher Teil
  - 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
  - 2. Anfragen
  - 3. Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
  - 4. Standort und Erweiterung Gymnasium
  - 5. Umwandlung der Schirmerschule in eine Verbundschule sowie Erweiterung des Schulgebäudes
  - 6. Änderung der Musikschulordnung

7. Rückerstattung des gemäß GVFG gezahlten Landeszuschusses zu den Baukosten des Radwegetunnels mit Radweg durch den Brückenkopfpark
  8. Abwasserbeseitigungskonzept Jülich - Fortschreibung 2001 - 2012
  - 8.a Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Baumaßnahme „Neubau Brücke Lobsgasse“  
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -
  - 8.b Außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Verlegung von Versorgungsleitungen im Rahmen der Baumaßnahme „Neubau Brücke Bongardstraße“  
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -
  - 8.c Errichtung von Spielplätzen;  
hier: Mittelbereitstellung im Vorgriff auf den Haushalt 2002  
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -
  9. Erlass der Haushaltssatzung der Stadt Jülich für das Haushaltsjahr 2002 einschließlich der Anlagen
- B. Nichtöffentlicher Teil

## A. Öffentlicher Teil

### 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Bürgermeister Stommel erklärt, dass Mitteilungen für den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates nicht vorliegen.

Die Übersicht über die noch nicht durchgeführten Beschlüsse wird zur Kenntnis genommen.

### 2. Anfragen

Bürgermeister Stommel erklärt, dass Anfragen für den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates nicht vorliegen.

### 3. Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

(Vorlagen-Nr.: 85/2002)

#### Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der Stadtrat beschließt den Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass für das Gebiet der Innenstadt wie folgt:

„Folgt Wortlaut der ordnungsbehördlichen Verordnung gemäß Anlage 1 zu dieser Niederschrift!“

### 4. Standort und Erweiterung Gymnasium

(Vorlagen-Nr.: 113/2002)

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.03.2002 wurde Einvernehmen darüber erzielt, die Beschlussfassung in dieser Angelegenheit wegen der erteilten Prüfaufträge an die

Verwaltung bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.04.2002 zurückzustellen. Insofern wurde kein Empfehlungsbeschluss gefasst.

Seitens der Verwaltung wird zum weiteren Vorgehen folgende Mitteilung gegeben:

Antrag der CDU- und der F.D.P.-Fraktionen in der Sitzung des Hauptausschusses vom 18.03.2002 bezüglich des Prüfungsauftrages „Schultausch Gymnasium/Hauptschule“  
(Vorlagen-Nr.: 159/2002)

Wegen des erheblichen Zeitdrucks war vereinbart worden, dass die Prüfung bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.04.2002 abgeschlossen ist.

Unter diesem Aspekt wurde unter Zurückstellung anderer wichtiger Aufgaben die Prüfung begonnen. Zur Vorgehensweise und der zu prüfenden Problemkreise wird folgender Zwischenbericht gegeben:

1. Bis 10.04.(Einladungsfrist zum 18.04.) kann das Erstellen von in jeder Hinsicht entscheidungsreifen Unterlagen nicht zugesichert werden. Aufgrund dessen gerät der für den Baubeginn gesetzte Termin zusätzlich in Gefahr.
2. Daher wurde mit der Bewilligungsbehörde Kontakt aufgenommen. Sie sieht keine Chance für eine Förderung des mit dem Prüfauftrag verbundenen Schulgebäudewechsels. Der Bewilligung des Landeszuschusses sei ein konkretes Projekt, nämlich das der Erweiterung des Westgebäudes, zugrunde gelegt. Änderungen dieser Planung (d.h. „innerhalb“ dieser Planung) bedürfen der Zustimmung der Bewilligungsbehörde. Sie seien für das Projekt Westgebäude-Erweiterung durchaus möglich. Dagegen ist ein Gebäudetausch keine „Planungsänderung“ im bewilligungsrechtlichen Sinne, sondern ein völlig neues Projekt. Es müsse ein neuer Förderantrag gestellt werden, der aber mit Sicherheit ablehnend beschieden werde, weil es Förderzusagen für neue Projekte nicht mehr gibt (neues Finanzierungsrecht im Schulbau).

Das von der CDU und F.D.P. angeregte Projekt dürfte von daher schon zum Scheitern verurteilt sein, es sei denn, man nimmt in Kauf, dass die Erweiterungsbauten am Schulzentrum nicht mit Landesmitteln gefördert werden sollen.

Ob die Bezirksregierung die Frist bis zum Baubeginn für das Projekt am Westgebäude verlängert, ist einer intensiveren Verhandlung und Darlegung der Planungsänderung vorbehalten.

3. Bis zum 18.04.2002 wird eine grundsätzliche Klärung angestrebt.

Folgende Fragenkreise sind zu prüfen:

- 3.1 Schulwegezeit und Schülerbeförderung
- 3.2 Raumbedarf an Klassenräumen/Fehlbestand/Erweiterungsbedarf
- 3.3 Bedarf/Fehlbestand/Erweiterungsbedarf an Fachräumen und Umbau- und Umrüstungsbedarf
- 3.4 Bewertung der vorstehenden Maßnahmen mit Kosten

Zu 3.1:

Ziel des ersten Fragenkreises muss es sein, eine Lösung zu finden, die die Wegezeiten nur unwesentlich verändert und die Schülerbeförderungskosten nicht wesentlich erhöht.

Problematisch ist die bereits in der Sitzungsvorlage Nr. 612/2000 (Bericht der Verwaltung auf die Anfrage der CDU Nr. 15/2000 vom 05.09.2000 wiedergegebene Tatsache, dass ein Schulstandort des Gymnasiums im Schulzentrum zusätzliche Wegezeiten erfordert. Im Ergebnis müssten einige Busse später abfahren, wenn Pausenkürzungen nicht realisierbar sind. Mit dem Verkehrsträger wird versucht zu klären, ob zu diesem Zeitpunkt Busse in alle Richtungen verkehren, wenn nicht, ob die Abfahrtszeiten geändert werden können (was nach jetziger Einschätzung eine Veränderung der örtlichen und regionalen Vernetzung im ÖPNV zur Folge hätte).

Wird dieses Ziel nicht erreicht, würde das Einzugsgebiet des Gymnasiums mehr oder weniger verändert mit unkalkulierbaren Auswirkungen auf das zukünftige Wahlverhalten insbesondere auswärtiger Eltern.

Dagegen dürfte die Umstellung der Beförderung für die Hauptschüler im Rahmen des Schülerspezialverkehrs keine großen Schwierigkeiten bedeuten.

Zu 3.2, 3.3 und 3.4:

Die Raumbedarfe/Erweiterungsbedarfe für beide Schulen können bis zur Haupt- und Finanzausschuss-Sitzung am 18.04.2002 ermittelt werden, auch der Bedarf an Umrüstungen könnte dargestellt werden. Nach jetziger Beurteilung wird jedoch eine belastbare Kostenaussage wohl nicht bis zu diesem Termin möglich sein.

5. Umwandlung der Schirmerschule in eine Verbundschule sowie Erweiterung des Schulgebäudes  
(Vorlagen-Nr.: 108/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 2 Enthaltungen

1. Einer Übernahme der Trägerschaft der Schirmerschule und aller Sonderschulen im Kreisgebiet durch den Kreis Düren wird nicht zugestimmt. Sollte der Kreis die Trägerschaft einer anderen Sonderschule übernehmen, beantragen die Stadt Jülich und die Nachbarkommunen eine differenzierte Kreisumlage.
2. Die Schirmerschule wird ab dem 01.08.2003 im Sinne des § 4 Abs. 6 Satz 5 SchVG von einer Sonderschule für Lernbehinderte in eine Verbundschule für lernbehinderte, sprachbehinderte und erziehungsschwierige Schüler gem. § 8 Abs. 1 SchVG umgewandelt.

Dies steht unter dem Vorbehalt einer Kostenbeteiligung des Kreises und der Zustimmung und Kostenbeteiligung der Nachbarkommunen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Kreis dahingehend zu verhandeln, dass dieser die für eine Verbundschule entstehenden Mehrkosten trägt.

6. Änderung der Musikschulordnung  
(Vorlagen-Nr.: 53/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 1 Enthaltung

Die Schulordnung der Musikschule wird wie folgt geändert:

- Punkt 10.1 (Schulgeld) gem. Anlage 2 zu dieser Niederschrift

- Punkt 12. (Instrumentenmiete) gem. Anlage 3 zur dieser Niederschrift

7. Rückerstattung des gemäß GVFG gezahlten Landeszuschusses zu den Baukosten des Radwegetunnels mit Radweg durch den Brückenkopfpark  
(Vorlagen-Nr.: 69/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Der unter der Voraussetzung eines "offenen Parks" gezahlte Landeszuschuss in Höhe von 866.283,37 € wird zurückerstattet, da der Brückenkopfpark auch weiterhin als "geschlossene Einrichtung" betrieben werden soll. Sofern das Land NW Zinsen berechnen sollte, sind diese ebenfalls zu zahlen.

8. Abwasserbeseitigungskonzept Jülich - Fortschreibung 2001 - 2012  
(Vorlagen-Nr.: 81/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Das Abwasserbeseitigungskonzept Jülich für die Jahre 2001 - 2012 wird wie folgt beschlossen:

„Folgt Abwasserbeseitigungskonzept im Wortlaut gemäß Anlage 4 zu dieser Niederschrift!“

- 8.a Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Baumaßnahme „Neubau Brücke Lobsgasse“  
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -  
(Vorlagen-Nr.: 153/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Die am 14.03.2002 durch den Haupt- und Finanzausschuss (Vorlagen-Nr. 107/2002) einstimmig gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 der GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird wie folgt genehmigt:

Bei der Haushaltsstelle 2.6300.95033 – Neubau Brücke Lobsgasse – ist ein Betrag in Höhe von 15.500,00 € überplanmäßig bereitzustellen. Die Deckung erfolgt im Rahmen des Haushaltes 2002.

- 8.b Außerplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Verlegung von Versorgungsleitungen im Rahmen der Baumaßnahme „Neubau Brücke Bongardstraße“  
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -  
(Vorlagen-Nr.: 154/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Die am 14.03.2002 durch den Haupt- und Finanzausschuss (Vorlagen-Nr. 100/2002) einstimmig gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 der GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird wie folgt genehmigt:

Bei der Haushaltsstelle 2.6300.94031 – Neubau Brücke Bongardstraße – ist ein Betrag in Höhe von 53.823,87 € außerplanmäßig bereitzustellen. Die Deckung erfolgt im Rahmen des Haushalts 2002.

- 8.c Errichtung von Spielplätzen;  
hier: Mittelbereitstellung im Vorgriff auf den Haushalt 2002  
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung -  
(Vorlagen-Nr.: 155/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Die am 14.03.2002 durch den Haupt- und Finanzausschuss (Vorlagen-Nr. 135/2002) einstimmig gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 der GO NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird wie folgt genehmigt:

Die im Haushaltsentwurf 2002 enthaltenen Haushaltsmittel für die Errichtung von Spielplätzen werden im Vorgriff auf den Haushalt 2002 wie folgt bereitgestellt:

-	Spielplatz Pattern	51.000,-- € HHSt. 2.4600.95000
-	Spielplatz Koslar, Eurode	84.000,-- € HHSt. 2.4600.95001
-	Rampe Baugebiet Eurode	30.000,-- € HHSt. 2.6300.94001
-	Spielplatz Koslar, Schützenkaul	59.000,-- € HHSt. 2.4600.95002

9. Erlass der Haushaltssatzung der Stadt Jülich für das Haushaltsjahr 2002 einschließlich der Anlagen  
(Vorlagen-Nr.: 142/2002)

Vor der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung der Stadt Jülich für das Haushaltsjahr 2002 werden von den Fraktionsvorsitzenden der Ratsfraktionen ihre Haushaltsreden in folgender Reihenfolge gehalten:

Fraktionsvorsitzender Wolfgang Gunia für die CDU-Stadtratsfraktion

Fraktionsvorsitzender Franz-Josef Köhne für die SPD-Stadtratsfraktion

Fraktionsvorsitzender Claus Hinrich Neuenhoff für die F.D.P.-Stadtratsfraktion

Fraktionsvorsitzende Eva-Maria Kolonko-Hinssen für die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Haushaltsreden sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

1. Die Haushaltssatzung der Stadt Jülich für das Haushaltsjahr 2002 wird mit ihren Anlagen wie folgt beschlossen:

„ Folgt Wortlaut der Satzung gemäß Anlage 10 zu dieser Niederschrift!“

2. Das Investitionsprogramm 2001 bis 2005 wird beschlossen.

3. Die mittelfristige Finanzplanung 2001 bis 2005 wird zur Kenntnis genommen.

**B. Nichtöffentlicher Teil**

Der Niederschrift sind als Anlagen beigefügt:

1. Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass (TOP 3)
2. Änderung der Musikschulordnung – Schulgeld (TOP 6)
3. Änderung der Musikschulordnung – Instrumentenmiete (TOP 6)
4. Abwasserbeseitigungskonzept Jülich (TOP 8)
5. Haushaltsrede Wolfgang Gunia, CDU-Stadtratsfraktion (TOP 9)
6. Haushaltsrede Franz-Josef Köhne, SPD-Stadtratsfraktion (TOP 9)
7. Haushaltsrede Claus Hinrich Neuenhoff, F.D.P.-Stadtratsfraktion (TOP 9)
8. Haushaltsrede Eva-Maria Kolonko-Hinssen, Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (TOP 9)
9. Änderungsliste zum Haushaltsentwurf (TOP 9)
10. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002 (TOP 9)



Ordnungsbehördliche Verordnung

über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass vom

Aufgrund des § 14 Abs. 1 und § 16 Abs. 1 des Gesetzes über den Ladenschluss vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.07.1957 (BGBl. I S. 722), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 30. Juli 1996 (BGBl. I S. 1186), in Verbindung mit § 1 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits- und technischen Gefahrenschutzes (ZustVO ArbZG) vom 25.01.2000 (GV NW S. 54) in der jeweils geltenden Fassung, wird von der Stadt Jülich als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates der Stadt Jülich vom                    für das Gebiet der Innenstadt folgende ordnungsbehördliche Verordnung erlassen:

§ 1

- (1) Aus Anlass des Stadtfestes dürfen Verkaufsstellen am Sonntag, dem 26. Mai 2002, von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr, geöffnet sein.
- (2) Aus Anlass des Erntedankfestes dürfen Verkaufsstellen am Sonntag, dem 6. Oktober 2002, von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr, geöffnet sein.
- (3) Aus Anlass der Christinakirmes dürfen Verkaufsstellen am Sonntag, dem 10. November 2002, von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr, geöffnet sein.
- (4) Am jeweils vorausgehenden Samstag müssen die Verkaufsstellen ab 14.00 Uhr geschlossen werden.

§ 2

Aus Anlass des Kunsthandwerkerinnenmarktes dürfen Verkaufsstellen am Samstag, dem 29. Juni 2002 bis 18.00 Uhr geöffnet sein.

§ 3

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Rahmen des § 1 und § 2 außerhalb der dort zugelassenen Geschäftszeiten Verkaufsstellen offenhält.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 24 des Gesetzes über den Ladenschluss mit einer Geldbuße bis zu 500,- € geahndet werden.

§ 4

Die ordnungsbehördliche Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft und am 11. November 2002 außer Kraft.

Die vorstehende ordnungsbehördliche Verordnung wird hiermit verkündet.

Jülich, den

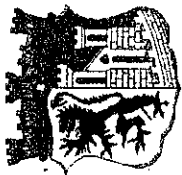
Stadt Jülich  
als örtliche Ordnungsbehörde

Bürgermeister

Anlage 1 / Auszug aus der Schulordnung der Musikschule der Stadt Jülich		bis 31.07.2002		ab 01.08.2002		Steigerung	
Ziffer 10.1 Schulgeld		Euro mtl.	Euro jährl.	Euro mtl.	Euro jährl.	Euro/Jahr	%
Musik mit Kleinkindern (befristete Kurse)*		9,37	112,44	10,00	120,00	7,56	6,72
FE /GA		21,50	258,00	23,00	276,00	18,00	6,98
Aufbau		26,00	312,00	27,50	330,00	18,00	5,77
Off		26,00	312,00	27,00	324,00	12,00	3,85
Instrumentalunterricht 3 - 4		28,50	342,00	30,00	360,00	18,00	5,26
Instrumentalunterricht 2		37,00	444,00	39,00	468,00	24,00	5,41
Instrumentalunterricht E 30		43,00	516,00	46,00	552,00	36,00	6,98
Instrumentalunterricht E45		64,00	768,00	68,00	816,00	48,00	6,25
Tanz/Folklore		7,50	90,00	9,00	108,00	18,00	20,00
Chor - Einzelperson		5,00	60,00	10,00	120,00	60,00	100,00
Chor - Ehepaare		5,00	60,00	15,00	180,00	60,00	50,00
Auswärtigenzuschlag		6,00	72,00	7,00	84,00	12,00	16,67
Summe							

\* sind nicht in die Eigelordnung aufgenommen da lt. Beschluss Ausschuss K.U.S.S vom 08.06.1999 im Rahmen von kostendeckenden Kursen die Entgelte durch die Musikschule kalkuliert und festgesetzt werden.

Anlage 2 / Auszug aus der Schulordnung der Musikschule der Stadt Jülich													
Ziffer 12. Instrumentenmiete													
Instrumentenmiete bis 31.07.2002													
Anschaffungswert			in €		in DM		mtl.		jährlich		jährlich		
Anschaffungswert			in €		in DM		mtl.		jährlich		jährlich		
bis zu	500,00 DM	255,65 €	6,00 DM	3,07 €	36,00 DM	18,41 €	72,00 DM	36,81 €	bis zu	250,00 €	3,50 €	21,00 €	42,00 €
bis zu	1.000,00 DM	511,29 €	12,00 DM	6,14 €	72,00 DM	36,81 €	144,00 DM	73,63 €	bis zu	500,00 €	7,00 €	42,00 €	84,00 €
bis zu	1.500,00 DM	766,94 €	15,00 DM	7,67 €	90,00 DM	46,02 €	180,00 DM	92,03 €	bis zu	750,00 €	8,50 €	51,00 €	102,00 €
über	1.500,00 DM	766,94 €	18,00 DM	9,20 €	108,00 DM	55,22 €	216,00 DM	110,44 €	bis zu	1.000,00 €	10,50 €	63,00 €	126,00 €
									bis zu	1.250,00 €	12,50 €	75,00 €	150,00 €
									über	1.250,00 €	14,50 €	87,00 €	174,00 €
Instrumentenmiete ab 01.08.2002													



**Stadt Jülich**  
Der Bürgermeister

## Abwasserbeseitigungskonzept 2001 bis 2005 (2012)

(alle Angaben in Euro)

lfd.Nr	Maßnahme	Baukosten ges.	2001	2002	2003	2004	2005	2006 - 2012
<b>1.</b>	<b>Kanalverbindungen</b>							
1.1.	Altenburg - ZKA Jülich*	511.000,00	128.000,00	383.000,00				
1.2.	Güsten-Pattern-ZKA Jülich*	2.046.000,00				1.023.000,00	1.023.000,00	
<b>2.</b>	<b>Stauräume</b>							
2.1.	- Brunnenstraße*	1.030.000,00						
2.2.	- Linnicher Str.*	2.700.000,00	102.000,00				256.000,00	774.000,00
2.3.	- Altenburg*	920.000,00		511.000,00	409.000,00			
2.4.	- Kirchberg	1.022.000,00			511.000,00	511.000,00		
2.5.	- nordöstl Stadtteile	3.067.000,00				511.000,00	511.000,00	2.045.000,00
<b>3.</b>	<b>Ortskanalisation</b>							
3.1.	Serrest*	460.000,00		153.000,00	307.000,00			
	<b>Summe Kanalverbindungen, Stauräume, Kanalisierung</b>		<b>230.000,00</b>	<b>1.047.000,00</b>	<b>1.227.000,00</b>	<b>2.045.000,00</b>	<b>1.790.000,00</b>	<b>2.819.000,00</b>
<b>4.</b>	<b>Sanierung</b>							
4.1.	<b>Kanalnetz</b>							
	- Kernstadt und Stadtteile -							
	- Gr.-Rurstr.	572.000,00	51.000,00					
	- G.-de-Nickel-Str.	128.000,00	102.000,00					
	- Aldenhovener Str.	143.000,00	10.000,00	133.000,00				
	- Heckfeldstraße	613.000,00	199.000,00					
	- Promenadenstr.	230.000,00	102.000,00	128.000,00				
	- Christina/Barbarastr.	409.000,00	20.000,00	184.000,00				205.000,00

\* nicht erledigte Maßnahmen aus vorhergehendem ABK

lfd.Nr	Maßnahme	Baukosten ges.	2001	2002	2003	2004	2005	2006 - 2012
	- Poststraße	200.000,00		200.000,00				
	- Th.-Körner-Str.	102.000,00						102.000,00
	- Leisartstr.	307.000,00			102.000,00	205.000,00		
	- Vogelsruth	358.000,00					51.000,00	307.000,00
	- Bauhofstraße	194.000,00						194.000,00
	- Münsterfelder Str.	194.000,00				194.000,00		
	- Marconistraße	102.000,00						102.000,00
	- Bongardsstraße	102.000,00			102.000,00			
	- Schliesische Straße	77.000,00					77.000,00	
	- Amselweg	102.000,00						102.000,00
	- Alte Dürerer Straße	256.000,00						256.000,00
	- Neusser Straße	307.000,00						307.000,00
	- Kanäle westl. der Rur	1.074.000,00						1.074.000,00
	- Kanäle südl. Stadteile	767.000,00						767.000,00
	- Karl-Theodor-Str.	102.000,00						102.000,00
	- Nidegger Str.	179.000,00						179.000,00
	- Berliner Straße	562.000,00						562.000,00
	- An den Aspen	20.000,00						20.000,00
	- Raderstraße	51.000,00						51.000,00
	- Starenweg	123.000,00						123.000,00
	- Kurfürstenstraße	230.000,00						230.000,00
	- Eschenweg	102.000,00						102.000,00
	- Ulmenweg	77.000,00						77.000,00
	- Frankenstraße	128.000,00						128.000,00
	- Merkatorstraße	102.000,00						102.000,00
	- Aachener Straße	307.000,00						307.000,00
	- Einsteinstraße	128.000,00						128.000,00
	- Schweizer Straße	256.000,00						256.000,00
	- J.-van-Verth-Str.	205.000,00						205.000,00
	Summe Kan.sanierg.		484.000,00	645.000,00	204.000,00	399.000,00	128.000,00	5.968.000,00

lfd.Nr	Maßnahme	Baukosten ges.	2001	2002	2003	2004	2005	2006 - 2012
	<b>4.2. Pumpstationen</b>							
4.2.1	- PS Kirchberger Str.	562.000,00	562.000,00					
4.2.2	- PS Daubenrath	767.000,00						767.000,00
4.2.3	- PS Mühlenstraße	205.000,00						205.000,00
	<b>4.3. Entlastungsbauwerke</b>							
4.3.1	- Aachener Straße	307.000,00			307.000,00			
4.3.2	- Fr.-Ebert-Straße	102.000,00	102.000,00					
4.3.3	- Kuhstraße	205.000,00			205.000,00			
4.3.4	- Leimkaul (2x)	307.000,00					307.000,00	
4.3.5	- RA Bourheim	614.000,00						614.000,00
	<i>Summe Sanierung Sonst.</i>		664.000,00		512.000,00		307.000,00	1.586.000,00
	<b>Summen:</b>		<b>1.378.000,00</b>	<b>1.692.000,00</b>	<b>1.943.000,00</b>	<b>2.444.000,00</b>	<b>2.225.000,00</b>	<b>10.393.000,00</b>

## **Erläuterungsbericht zum Abwasserbeseitigungskonzept**

### **1 Kanalverbindungen**

#### **1.1 Abwasserüberleitung Altenburg-Jülich**

Das Abwasser der südlichen Stadtteile Altenburg, Selgersdorf und Daubenrath, des Heeresinstandsetzungswerkes und des Wohngebietes Waldstraße wird in einer Mischkanalisation zur Kläranlage Jülich-Süd geführt. Bereits 1989 wurde beim Entwurf zur Erweiterung der Zentralkläranlage Jülich der Anschluß der KA Jülich-Süd an die ZKA Jülich festgelegt.

Auf dem Gelände der Kläranlage Jülich-Süd wird ein RÜB als Verbundbecken errichtet. Von diesem Pumpwerk aus wird eine Druckrohrleitung zum Anschlußschacht in der Straße "An der Vogelstange" verlegt.

Nach Inbetriebnahme der Abwasserüberleitung wird die bestehende Kläranlage in Altenburg außer Betrieb genommen und abgerissen.

#### **1.2 Abwasserüberleitung Güsten - Pattern - ZKA Jülich**

Die Schmutz- und Regenwässer der Stadtteile Welldorf und Güsten fließen der Kläranlage Güsten, die der Stadtteile Mersch und Pattern der Kläranlage Pattern zu.

Beide Kläranlagen erfüllen hinsichtlich der Reinigungsleistung nicht den Stand der Technik. Daher ist auch hier die Überleitung der Abwässer zur Kläranlage Jülich vorgesehen. Auf dem jeweiligen Kläranlagengelände werden RÜBs zur Zwischenspeicherung der Mischwassermenge errichtet. Zur Überleitung der Abwässer wird jeweils ein Pumpwerk mit Druckrohrleitung gebaut. Das Abwasser der Stadtteile Welldorf und Güsten wird bis zur derzeitigen Kläranlage Pattern geleitet, um von dort gemeinsam mit den Abwässern aus Mersch und Pattern bis zur Brunnenstraße im Stadtgebiet Jülich übergeleitet zu werden.

### **2 Stauräume**

#### **2.1 Brunnenstraße**

Der vorhandene Staukanal Brunnenstraße muß gemäß der genehmigten LWA-Flut-Berechnung nach § 58.1 LWG für das Einzugsgebiet der Kläranlage Jülich von

1.408 cbm auf 2.750 cbm erweitert werden. An diesem Stauraum sind derzeit die Stadtteile Lich-Steinstraß und das Einzugsgebiet zwischen "Brunnenstraße", "Haubourdinstraße", "An der Leimkaul" und das Gelände des Solar-Campus angeschlossen. Zusätzlich werden hier voraussichtlich Teilmengen der Abwässer der Überleitung Güsten-Welldorf, Mersch-Pattern angeschlossen.

## **2.2 Linnicher Straße**

Hierbei handelt es sich um ein Teilvolumen des zu errichtenden Stauraumes für das Einzugsgebiet Sammler I und des ehemaligen Sammler 0. Das gesamte Volumen (1.700cbm) zur Zwischenspeicherung der Mischwassermengen wird mit einem Verbundbecken, einem Staukanal DN 1500 und einem Staukanal DN 1200 gewährleistet. Der Stauraum Linnicher Straße stellt den letzten Bauabschnitt mit einem Volumen von ca. 500 cbm dar.

## **2.3 Altenburg**

Die Kläranlage Jülich-Süd wird abgebrochen (siehe Punkt 1). Zur Zwischenspeicherung der Mischwässer aus dem Einzugsgebiet Daubenrath, Selgersdorf und Altenburg wird auf dem Gelände der Kläranlage Jülich-Süd ein Regenüberlaufbecken (RÜB) mit einem Volumen von 800 cmb errichtet.

## **2.4 Kirchberg**

Der Stauraum Kirchberg ist mit einem Volumen von ca. 655 cbm vorhanden. Derzeit wird die Weiterleitungswassermenge zur Kläranlage Jülich mittels Rohrdrossel undefiniert gesteuert.

Um die genehmigte Weiterleitungsmenge einzuhalten wird hier ein Drosselbauwerk errichtet. Das vorgeschaltete Überlaufbauwerk entspricht nicht mehr den allgemein anerkannten Regeln der Technik und verursacht durch die hohe Überfallschwelle Rückstau in das Kanalnetz. Dies wird durch die zu gering dimensionierte Abschlagsleitung in die Rur verstärkt. Aus den oben genannten Gründen werden die Abschlagsleitung und das Übelaufbauwerk neu gebaut.

## **2.5 Nordöstliche Stadtteile**

Im Zusammenhang mit der geplanten Überleitung der Abwässer der Stadtteile Mersch-Pattern und Welldorf-Güsten müssen im Bereich der Kläranlagen Pattern und Güsten Regenüberlaufbecken (RÜBs) zur Zwischenspeicherung der Mischwassermengen errichtet werden.

Das vorzuhaltende Volumen der RÜBs beträgt ca. 5.000 cbm. Hiervon sind bereits ca. 2.000 cbm vorhanden. Die schlußendlichen Retentionsräume werden noch abschließend ermittelt.



### **3. Ortskanalisation**

#### **3.1 Serrest**

Die Ortslage Serrest ist derzeit nicht kanalisiert. Die Schmutzwässer werden größtenteils auf den Grundstücken in Kleinkläranlagen geleitet. Diese Anlagen entsprechen nicht mehr den Forderungen der Aufsichtsbehörden, so dass Sanierungen der Gruben erforderlich ist. Da ein Anschluß aller Haushalte an eine Abwasserbehandlungsanlage bis zum Jahre 2005 vom Gesetzgeber vorgeschrieben wurde, werden die Kleinkläranlagen außer Betrieb genommen und Serrest kanalisiert. Die Abwasserüberleitung erfolgt mittels Pumpwerk zur Kläranlage Pattern.

### **4. Sanierung**

#### **4.1 Kanalnetz**

Die Sanierung bzw. Erneuerung der Kanalisation wird gemäß der Auswertung der Kanalinspektion und der Prioritätenliste fortlaufend durchgeführt.

#### **4.2 Pumpstationen**

##### **4.2.1 Pumpstation Kirchberger Straße**

##### **4.2.2 Pumpstation Daubenrath**

##### **4.2.3 Pumpstation Mühlenstraße**

Die bestehenden Pumpwerke entsprechen nicht mehr dem Stand der Technik bzw. den abwassertechnischen Erfordernissen. Bei den vorhandenen Pumpwerken Kirchberger Straße, Mühlenstraße und Daubenrath handelt es sich um tiefliegende Bauwerke ohne Hochbauteil. Die Abwasserüberleitung wird jeweils mittels zweier nassaufgestellter Kreiselpumpen gewährleistet. Die vorhandenen elektrischen Steuerungen sind in einem Freiluftschaltschrank ohne Wetterschutz untergebracht.

Die Störungen und somit die Wartungs- und Notfallarbeiten häufen sich in letzter Zeit. Dies betrifft im wesentlichen Ausfälle von Pumpen, der Elektrik sowie defekte Rohrleitungen innerhalb der Pumpstationen. Eine Erneuerung der Pumpwerke ist unumgänglich. Im Rahmen dessen erfolgt eine Umstellung auf automatisierten, störungsarmen und gefahrlosen Betrieb der Pumpwerke. In diesem Zusammenhang wird auch der Anschluß an das Fernwirkssystem der Stadt Jülich vorgenommen.

#### **4.3 Entlastungsbauwerke**

##### **4.3.1 Aachener Straße**

Der Staukanal zwischen dem Rurdüker und der Eilbachstraße entlastet in der Verlängerung der Aachener Straße in die Rur. Das Entlastungsbauwerk entspricht nicht mehr dem Stand der Technik und ist sanierungsbedürftig (Sanierungsbescheid liegt vor).

Im Rahmen des Neubaus des Entlastungsbauwerkes erfolgt der Anschluß an das

Datenerfassungs- und Fernwirksystem der Stadt Jülich erforderlich.

Die Entlastung erfolgt in den Ellebach im Bereich des Schlachthofes in die Künette. Da der Entlastungskanal in Teilbereichen mit der rein rechnerisch ermittelten Abschlagswassermenge hydraulisch überlastet ist, es aber nie zu Überstauereignissen gekommen ist, werden die tatsächlichen Entlastungswassermengen zunächst für drei Jahre gemessen. Die Ergebnisse müssen dem STUA Aachen vorgelegt werden. Ob nach der Auswertung der Ergebnisse ein Neubau des Entlastungskanals erforderlich wird, kann erst danach entschieden werden.

#### **4.3.3 Kuhlstraße**

Das Entlastungsbauwerk Kuhlstraße muß gemäß genehmigter LWA-Flut-Berechnung komplett abgebrochen werden. Danach wird die gesamte Mischwassermenge des Sammler III, zum Entlastungsbauwerk Aachener Straße (Sammler VI) weitergeleitet. Der Abbruch kann erst nach Neubau des Entlastungsbauwerkes Aachener Straße erfolgen.

#### **4.3.4 Leimkaul**

Das Entlastungsbauwerk Leimkaul entspricht nicht mehr dem Stand der Technik und ist sanierungsbedürftig. Im Rahmen des Neubaus soll auch hier der Anschluß an das Fernwirksystem der Stadt Jülich erfolgen. Die Erneuerung des Entlastungsbauwerkes erfolgt mit der Erweiterung des Stauraumes Brunnenstraße.

#### **4.3.5 Bourheim**

Der Stauraumkanal mit oben liegender Entlastung in der Ortslage Jülich-Bourheim ist sanierungsbedürftig und entspricht nicht mehr dem Stand der Technik. Die Drosselung der Weiterleitungswassermenge zu Kläranlage Jülich erfolgt über eine Rohrdrossel, die nicht auf das geforderte Maß drosselt. Außerdem soll der Anschluß des Stauraumkanals und des Entlastungsbauwerkes an das Datenerfassungs- und Fernwirksystem der Stadt Jülich erfolgen.

**CDU-Fraktion im Rat der Stadt Jülich**  
Wolfgang Gunia

52428 Jülich, Wilhelmstr.6  
Postfach 1506 , Tel. 02461/2435

Jülich, den 21.03.02

### Haushaltsrede 2002

Politiker reden ja gern, sagt man ihnen zumindest nach. Aber das stimmt gewiss nicht für jeden Anlass. So geht's zumindest mir bei diesem Haushalt. Man muss positiv und mittelfristig denken , bis man hier die guten Seiten findet.

Warum so kritisch ?

Weil wir wegen der zunehmenden Belastungen aller Kommunen durch Land und Bund die Steuern erhöhen müssen, obwohl zur wirtschaftlichen Situation eher das Gegenteil passen würde,  
weil etliche Gebühren wieder mehr oder weniger stark ansteigen müssen,  
weil der vorgelegte Haushalt zumindest auf der Einnahmenseite eher optimistisch, ich will hoffen, nicht zu optimistisch angelegt ist,  
weil im Verwaltungshaushalt weiter ein strukturelles Defizit besteht.

Kein Zweifel : Wir muten unseren Bürgern eine ganze Menge zu.

Aber zum Glück können wir auch feststellen: Wir bieten unseren Bürgern auch eine ganze Menge. Und das trotz leerer Kassen.

Auch diesmal ist die staunenswerte Leistung gelungen, um die wir von anderen Städten und Gemeinden beneidet werden, dass wir unsere gesamten freiwilligen Leistungen weiter anbieten.

Hier bleiben wir unangefochten Kreismeister , der seinen Bürgern mehr bietet als alle anderen Kommunen und der Kreis zusammen. Hier steht die Zahl von rund 3,5 Millionen EURO und dahinter stehen Musikschule, Stadtbücherei, VHS, Archiv, Museum, Park, Zuschüsse an Vereine u.v.a.m.

Viele Kommunen mussten sich bereits von solchen Angeboten trennen. Wir in Jülich halten durch , so lange dies möglich und zumutbar ist.

Wir könnten uns also zufrieden zurücklehnen und die Verwaltung den Haushalt umsetzen lassen – was nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre mit Sicherheit nur teilweise geschieht, eine von der Politik natürlich ungewollte Sparmaßnahme . Aber wir sind von Zufriedenheit weit entfernt.

Warum ?

- Weil gewaltige Aufgaben mit hohen Kosten auf uns warten, die wir stemmen müssen. Mehrere Millionen sind nötig für die Sanierung einiger Grundschulen ( Promenade, Welldorf/Güsten, Koslar)

Viele Straßen, Radwege, Bürgersteige aber auch die Rathäuser und die Bäder sind in einem bedenklichen Zustand und müssen hergerichtet werden.

Wir sind auch unzufrieden, weil

- die Verschuldung 2002 wahrscheinlich die 2000 Euro-Grenze pro Kopf übersteigen wird,
- wir kaum mehr in der Kasse haben als die Pflichtrücklage

Aber Klagen hilft ebenso wenig wie die Benennung von Mitschuldigen an unserer Lage. Was uns Land und Bund zumuten ist, leider sattsam bekannt. Übrigens kommt uns auch das Kreisjugendamt mit 4,3 Millionen EURO ( das sind fast 500000 mehr als im Vorjahr) teuer zu stehen.

Auch allein das bloße Hinweisen auf das Problem des strukturellen Defizits, wie wir es seit Jahren vom Kämmerer und Bürgermeister hören, hilft wenig weiter. Es müssen konkrete und durchgreifende Vorschläge gemacht werden. Die haben wir vergeblich angemahnt.

Kürzen um 1000 Euro hier und 500 da, hilft kaum weiter, ist eher Kosmetik und Signal.

Sparen ist nicht populär oder die SPD hat noch nicht begriffen, wie ernst die Lage ist. Natürlich würden auch wir gerne wie die Bürgerinitiative anregt, das Freibad attraktiver machen. Wir aber sagen: 1 Bad ist Pflicht, ein zweites Bad ist Kür. Vergessen wir nicht, dass im HH der Stadtwerke rund 750.000 Euro für die Kosten der Hallenbades angesetzt sind.

Dazu kommen noch rund 150.000 in diesem Haushalt. Das sind rund 900.000 Euro. Der Park bekommt kaum mehr. Aber wie viele Menschen finden im Park Erholung und Entspannung im Vergleich zu den Besucherzahlen unserer Bäder!

Wer Wünsche hat, wende sich an die SPD. Die sagt zu allem ja. Nur nicht zur Geldbeschaffung durch Einsparungen oder Nein-Sagen.

Egal ob da gegen Bestimmungen die Rurdammbeleuchtung ausgebaut werden soll. Die SPD ist dafür, obwohl die Straßenbeleuchtung bereits jetzt 646.000Euro ( 1,25 Millionen Mark) kostet.

Sie hat auch Geld für die Taxibeförderung von 3 Kindern aus Merzenhausen zum Kindergarten. In anderen Stadtteilen tun die Eltern das selbst. Warum hier eine Sonderregelung bestehen bleiben soll, mag die SPD selbst wissen.

Dass sie unsere bescheidenen Sparvorschläge im Kulturbereich abgelehnt hat und den Untergang des Abendlandes beschwört und die Pisa-Studie zitiert, versteht sich angesichts der Haltung – verspricht dem Bürger alles, wir müssen das Geld dafür ja nicht aufbringen und die böse CDU sagt dann nein – von selbst.

Zu Recht war niemand mit dem Vorschlag der Verwaltung, nach dem Rasenmäherprinzip bei den Zuschüssen an Vereine mit dem Sparen anzufangen, einverstanden. Denn bei allen sozialen und kulturellen Einrichtungen und Vereinen einfach 20 Prozent abzuziehen, das hätte wenig gebracht ( 21.000 EUR), aber viel geschadet. Für die Gemeinschaft wichtiges Ehrenamt wäre in Frage gestellt worden. Das hätte möglicherweise auch Leistungen betroffen, für die die Stadt teuer bezahlen müsste, wenn das Ehrenamt weggebrochen ist.

**Die CDU geht das Problem des strukturellen Defizits anders an :**

**1. Wir stehen hinter dem Bürgermeister, wenn er sich dafür einsetzt, dass die Personalkosten gesenkt werden. Mit nur 0,4 % Anstieg für 2002 sind wir auf dem richtigen Weg. Jetzt liegen die Personalkosten bei rund 20 % , die IHK meint, 18 % wären besser. Wir werden in der Verwaltungsreformkommission hier weiter arbeiten und den Stellenplan kritisch durchleuchten ,die Besetzungen optimieren , die Effektivität steigern und trotzdem die Kosten senken.  
Leistung muss sich in der Verwaltung für die Mitarbeiter lohnen.  
Andererseits muss auch die Notwendigkeit jeder Stelle nachprüfbar sein.**

**2. Wir setzen verstärkt auf die Entwicklung anderer Strukturen und Organisationsformen,  
erwarten zusätzlichen Sachverstand von außen und Synergieeffekte. Deswegen sind wir auch nach langen Beratungen der Kreiswirtschafts= förderungsgesellschaft (GWS) beigetreten. Natürlich gegen die Stimmen der SPD und natürlich nicht , weil die bemerkenswerte Werbe-und Kritikaktion von Herrn Niethan vor dem Jülicher Stadtrat uns überzeugt hätte. ( Mittel für GWS im HH)**

**Weil wir auf neue Strukturen setzen, haben CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen grundsätzlich die Gründung einer eigenen Stadtentwicklungsgesellschaft für die Entwicklung und Ver= marktung städtischer Flächen nach den Vorgaben des Rates beschlossen. Dies führt nach unserer Überzeugung zu einer effizienteren und schnelleren Aktivierung von Vermögenswerten und zu einer struktu= rellen Entlastung des Haushaltes auf Dauer. ( Mittel im HH)**

**Von der Übertragung von Aufgaben der Stadt im Bereich Freizeit und Kultur und Marketing auf die Brückenkopf -Park GmbH erwarten wir eine Steigerung der Effektivität, Synergieeffekte durch die Zusammen= führung von bisher mehr oder weniger nebeneinander laufender Aktivitäten und damit auch kurz- bis mittelfristig Einsparpotentiale. Wir wollen die hohen Leistungen, die auf diesem Gebiet ehrenamtlich erbracht werden, voll in die neue Organisationsform einbringen und zum Vorteile aller nutzen.**

**Auf diese Weise erwarten wir mehr Tempo bei der gewünschten Entwicklung und dem Wachstum der Stadt. Privates Kapital ist uns dabei herzlich willkommen.**

**Die von uns betriebene Umwandlung der Stadtwerke in eine GmbH - und zwar mit voller Zustimmung aller dort beschäftigten Menschen - hat gezeigt, dass dieser Weg gangbar, sinnvoll und erfolg= reich ist.**

**In die gleiche Richtung weist auch unser in der Prüfungsphase befindliche Antrag zum städtischen Wohnbesitz.**

**Wir sind finanziell und personell nicht in der Lage, die nötigen laufenden**

Sanierungen zu leisten. Wir sind bereit, uns von einem großen Teil des Wohnbesitzes zu trennen und sie einem Partner zu übertragen, der in Jülich einen guten Namen hat und mit dem die Stadt seit Jahren gut zusammenarbeitet. Dass dabei all unsere Mieter auch in Zukunft den vollen Schutz genießen, ist für uns selbstverständlich.

Aufgaben und Ziele, die 2002 und darüber hinaus für uns [politisch] im Zentrum stehen :

**Wir in Jülich wissen nicht erst seit PISA, dass Investitionen für Kinder und Jugendliche im Zentrum stehen müssen.**

Hier ist auch ein Hinweis auf die hervorragenden Leistungen des Brückenkopf-Parkes auf diesem Gebiet angebracht. Ein großer Waldspielplatz ist in Vorbereitung. Es wird wirklich immer mehr ein Park für Jung und Alt.

**Auch dieser Haushalt zeigt unsere Bereitschaft auf diesem Gebiet hohen Einsatz zu bringen.**

**Millionen haben Sanierung und Erweiterung der Grundschule Nord gekostet. ( insgesamt rund 1,75 Mill. Euro)**

**Hohe Beträge müssen in den kommenden Jahren schrittweise in die anderen Grundschulen gesteckt werden. Der Haushalt sieht das mittelfristig vor.**

**Um die beste Lösung für den Erweiterungsbau für das Gymnasium Zitadelle wird noch gerungen. Wir sind nicht bereit, finanzielle Abenteuer einzugehen und in das Loch eines HSK zu stürzen, das uns im freiwilligen Bereich jeden Handlungsspielraum nimmt. Wir sagen aber auch, dass es nicht sinnvoll ist in alte Gebäude große Summen zu investieren. Die CDU bedauert weiterhin, dass das Gymnasium Zitadelle wegen des Nein aus Köln den nötigen und anerkannten Erweiterungsbau nicht in der Zitadelle bekommen darf. Die pädagogisch sinnvollste und kostengünstigste Lösung wird dadurch unmöglich gemacht. Für uns ein Skandal.**

**Wir suchen weiterhin nach einem Weg, der dem Gymnasium das Schicksal einer dauerhaften Teilung erspart und ihm zugleich die Entwicklungsmöglichkeiten belässt, die es braucht, wenn die Schule stärker wachsen sollte, z.B. wenn ESS nach Jülich käme. Durch unseren Prüfauftrag an die Verwaltung ( Raumtausch mit der HAUPTSCHULE und Erweiterungsbau an der Hauptschule = ein Standort ) haben wir die Bereitschaft gezeigt, auch in ganz anderen Bahnen zu denken.**

**Welche Entscheidung auch immer im April getroffen wird, es muss ein Weg der Vernunft sein und er muss langfristig angelegt sein.**

**Auch für unsere Jüngsten sind wir zu einem finanziellen Kraftakt bereit :**

**3. Kinderspielplätze werden in diesem Jahr gebaut. 1 in Pattern, 2 in Koslar. Gesamtkosten 165000 Euro. Klar ist für uns : Wegen der starken Schwankungen der Kinderzahlen in den Baugebieten muss eine neue Konzeption her. Dass die Verwaltung jetzt die Planungen selbst macht, geht auf Drängen der Politik zurück. Diese Pläne sind gut und so**

wird Geld gespart. Von dieser Stelle unser Dank an Herrn Birkenfeld, unseren Umweltbeauftragten.

Wir brauchen klare Maßstäbe dafür, wann ein Spielplatz gebaut und wann auch ggf. einer aufgegeben werden muss. Sonst bringt uns wachsende Zahl von Spielplätzen finanzielle Probleme. Leider ist der mobile Spielplatz, der immer dort ist, wo die Kinder sind, noch nicht am Markt.

Auch unsere Bolzplätze werden hergerichtet, damit auch Jugendliche gefahrlos Sport treiben können. Die von der CDU beantragte Bolzplatzkommission leistete gute Arbeit. Die beantragten <sup>Mittel</sup> wurden im Haushalt eingesetzt. Dies gilt auch für die von den Sportvereinen in Broich und und Mersch beantragten Materialkostenzuschüsse.

Nach Kräften und über den Ansatz des Bürgermeisters hinausgehend haben wir für die Unterhaltung von Straßen und Wegen Mittel bereit gestellt und erwarten, dass diese Maßnahmen auch wirklich umgesetzt werden. Der Zustand mancher Wege und Straßen ist Besorgnis erregend. Hier tickt eine Zeitbombe, die <sup>zu</sup> Bürger und Stadt teuer werden kann.

Leider nicht weiter gekommen sind wir mit dem dringend benötigten Bau einer zusätzlichen Seniorenwohnanlage. Ständig machen wir Druck und werden das auch weiter machen, aber der schwarze Peter liegt hier beim LVR bzw. beim Kreis. Wir werden nicht nachlassen in unserem Drängen.

Die CDU-Fraktion übernimmt die Verantwortung für diesen Haushalt, weil er Weichenstellungen enthält und Perspektiven aufzeigt. Sie ist sich der Tatsache bewusst, dass man angesichts der Finanzlage bei vielen schönen und angenehmen Wünschen den Mut haben muss, nein zu sagen. Wir hoffen, dass die Mehrheit der Bürger Verständnis dafür hat, dass wir erst alle Kräfte auf die Pflicht legen müssen und bei der Kür, beim Luxus auf die Zukunft vertrösten müssen.

Wir danken unserem Kämmerer, Herrn Spelthann, der uns trotz angeschlagener Gesundheit gut beraten und informiert hat. Zugleich danken wir auch Herrn Conen, seinem Mitarbeiter, der gerade in den letzten Wochen zeitweilig für Zwei arbeiten musste.

( Wolfgang Gunia )

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Jülich  
Franz-Josef Köhne, Fraktionsvorsitzender  
Zur Verabschiedung des Haushaltes 2002 der Stadt Jülich am 21.3.2002.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,  
meine Damen und Herren.

”Et hät noch immer jood jejang“, so lautet eine rheinische Lebensweisheit, die auch in diesen Räumen schon oft bemüht worden ist.

Gut gegangen ist es auf den ersten Blick auch in diesem Jahr. Der Haushaltsausgleich ist geschafft, wir stehen nicht in einem Haushaltssicherungskonzept, wir bleiben Herr im eigenen Haus. Aber, der Preis, nämlich Steuererhöhungen, ist hoch. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden. Konsequenzen, die allerdings nicht nur unsere Stadt betreffen.

Sicher, die von Kreis, Landschaftsverband, Land und Bund vorgegebenen Rahmenbedingungen sind von uns nicht direkt zu beeinflussen, auch nicht die aus der Wirtschaft, damit müssen wir leben. Die Kommune ist das letzte Glied in dieser Kette. Das können wir aber nicht länger widerspruchslos hinnehmen. Wir müssen Einfluss nehmen auf übergeordnete Instanzen, denn auch dort sitzen von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Vertreter, die zum Wohle Aller entscheiden sollen.

Bereits im vorigen Jahr hatte ich die Kreistagsabgeordneten und hier insbesondere die Vertreter der Mehrheitsfraktionen von CDU und FDP aufgefordert ihre Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger auch unserer Stadt ernst zu nehmen und sich für und nicht gegen die Interessen der Kommunen einzusetzen. Geschehen ist nichts. Im Gegenteil.

Durch die Anhebung der Schlüsselzuweisungen des Landes konnte der Kreis im Jahr 2001 zusätzliche 1,2 Millionen DM in seine Rücklage stecken und einen Jahresüberschuss von 6,5 Mio DM aus 2000 verbuchen. Solidarität hat die Mehrheit im Kreistag dennoch nicht gezeigt, was allein unserer Stadt eine Mehrbelastung von 672.000 DM bescherte.

Und auch in diesem Jahr wird sich nach dem Willen des Landrates nichts geändert. Obwohl in 2001 ein Jahresüberschuss von 10,7 Mio DM ausgewiesen wurde und die Konferenz der Bürgermeister eindringlich an den Landrat apellierte, alle Anstrengungen zu unternehmen um die Kreisumlage zu senken, wurde diese ein weiteres mal ohne Not erhöht, was unsere Stadtkasse mit 208.800 € zusätzlich belastet.

Das heißt für mich, der Kreis lässt die Kommunen in ihrer schwierigen Haushaltssituation im Stich. Hätte der Kreis mehr Solidarität gezeigt, wäre in diesem Jahr die Erhöhung der Grundsteuer B oder der Gewerbesteuer in geringerem Umfang möglich oder sogar vermeidbar gewesen. Das wäre im Ergebnis sicher ein positiver Effekt für Handel und Gewerbe gewesen.

Meine Damen und Herren,  
damit ist der Kreis unterm Strich indirekt für die zum Ausgleich unseres Haushaltes notwendigen Steuererhöhungen verantwortlich. Ich appelliere an dieser Stelle noch einmal eindringlich an die Mitglieder des Kreistages, sich auf ihren Bürgerauftrag zu besinnen und sich mit ihrer Finanzpolitik für und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen zu entscheiden.



Meine Damen und Herren,

ich möchte jetzt auf weitere nach Meinung der SPD-Fraktion wichtige Punkte im Haushalt 2002 eingehen.

Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich das verstärkt wahrzunehmende kommunalpolitische Interesse der Bürgerinnen und Bürger und ihr im positiven Sinn verstandenes „Einmischen“ in die politische Willensbildung. Ich möchte einige Beispiele nennen:

- Die Eltern und insbesondere die Kinder aus Koslar haben durch Hartnäckigkeit, aber auch durch besondere Aktionen, z.B. wunderschöne Briefe erreicht, dass trotz der angespannten Haushaltslage das Versprechen eingelöst wurde, die Mittel für den Neubau der Kinderspielplätze „Gemeindedriesch“ und „Schützenkaul“ gleichzeitig, im Vorgriff auf den Haushalt bereitgestellt werden. Dabei hat die Politik auch nicht die Kinder in Pattern und ihren Spielplatz „Im Dorf“ vergessen, für den ebenfalls die Mittel bereitgestellt werden. Wir erwarten nachdrücklich, dass die Verwaltung alle drei Spielplätze in dem von ihr selbst gesetzten Zeitrahmen bis zum Ende der Sommerferien realisiert.
- Die Bürgerinitiative zur Erhaltung der städtischen Bäder hat einen Vorschlag für ein attraktiveres und besser zu nutzendes Freibad vorgelegt. Die Vorschläge wurden von uns in wesentlichen Teilen aufgegriffen. Für unseren Antrag, dafür zumindest 3.000 € im Haushalt zu veranschlagen, fand sich leider keine Mehrheit. Wenigstens wurde der Antrag an den Fachausschuss verwiesen.
- Mit einer langen Unterschriftenliste haben Bewohner des Heckfeldes beantragt, die Beleuchtung des letzten Stückes des Rurdamms von der Straße „Am Wehr“ bis zum „Festplatz“ auszubauen. Trotz guter Argumente und der ausdrücklichen Unterstützung der SPD-Fraktion hatte diese Initiative keinen Erfolg. Auf Beschluss von CDU und FDP bleibt der Rurdamm im hinteren Bereich vorerst weiter im Dunkeln.

Die Beratungen des diesjährigen Haushaltsentwurfs hat gezeigt, dass der Spielraum für Machbares oder Wünschenswertes so gering ist wie noch in keinem Jahr zuvor. Diese Situation erfordert ein besonders verantwortungsvolles Abwägen und Entscheiden für das Notwendige, aber auch Wichtige in unserer Stadt. Vor allem aber dürfen wir über dem Zwang zu äußerster Sparsamkeit nicht die notwendige Weitsicht zur Weiterentwicklung unserer Stadt und seiner Dörfer vermissen lassen.

Jülich nimmt im Nordkreis in hervorragender Weise die Funktion und die Aufgaben eines Mittelzentrums wahr. Eine Tatsache, die sich besonders in den Schülerzahlen niederschlägt.

- Im Durchschnitt der letzten 5 Jahre haben 242 Schülerinnen und Schüler der Nachbarkommunen, das sind 42 %, pro Jahrgang beim Übergang in die Sekundarstufe I weiterführende Schulen in Jülich gewählt. Nachzulesen im Schulentwicklungsplan. Davon entfallen auf städtische Schulen gut 20 %. Das bedeutet, dass die Stadt Jülich umgerechnet ca. 3 bis 4 Klassenzüge nur für Schülerinnen und Schüler aus Nachbarkommunen zur Verfügung stellt.
- Dazu kommen die Kosten für Schülerbeförderung - der gesamte Ansatz beträgt hier allein schon 866.600 € -, Lernmittel, Betriebskosten und
- nicht zuletzt sparen die Nachbarkommunen, da sie keine eigenen Schulbauten für diese Schüler bauen müssen.
- In den letzten 6 Jahren hat die Stadt allein in die Erweiterung und Sanierung ihrer Schulen 6,5 Mio € investiert und dafür aufgrund der bisher geltenden Förderrichtlinien lediglich 1,1 Mio € Landeszuschuss für Schulerweiterungsbauten erhalten, durchschnittlich also 200.000 € pro Jahr. Durch die in diesem Jahr erstmalig eingeführte Schulpauschale – für Jülich 730.000 € - erhalten die Kommunen nun einen nach Schülerzahlen bemessenen

gerechteren Ausgleich. Wäre diese Pauschale bereits vor 6 Jahren gezahlt worden, hätten wir statt der 1,1 Mio über 4 Mio € erhalten.

Diese Schulpauschale, die in den nächsten Jahren auch weiterhin gezahlt werden wird, versetzt uns in die Lage, die notwendigen Erweiterungen und – das ist neu - auch dringendst erforderlichen Sanierungsmaßnahmen unserer Schulen anzugehen und dabei zu optimalen Lösungen zu kommen. Mit unserem Antrag zur Schulraumversorgung für Gymnasium Zitadelle und Schirmerschule haben wir aufgezeigt und deutlich gemacht, dass wir zukunftsfähige Lösungen realisieren wollen. D.h. neue, funktionale und vor allem wirtschaftlichere Bauten, die auf Jahre keine Instandsetzungen brauchen und geringere Betriebskosten bedingen. Es kann nicht sinnvoll sein, immer wieder Flickwerk zu betreiben und in alte, marode Bauten zu investieren, die, als Fässer ohne Boden, auf Dauer letztlich mehr Geld verschlingen, ohne spürbare räumliche Verbesserungen für Schüler und Lehrer.

Darüber hinaus sind die jetzt zusätzlich zur Verfügung stehenden einmaligen Zuschüsse des Landes in Höhe von insgesamt 4,3 Mio € für einen Neubau mit integrierter Mehrzweckhalle zur Erweiterung des Gymnasiums Zitadelle, eine einmalige Chance für Jülich. Diese Chance, meine Damen und Herren, bekommen wir kein zweites mal. Ich will nicht verhehlen, dass uns der Antrag der CDU/FDP, die notwendige Erweiterung für das Gymnasium am Schulzentrum zu prüfen und letztlich einen Schultausch zwischen Hauptschule und Gymnasium vorzunehmen zum jetzigen Zeitpunkt mehr als überrascht hat, nachdem darüber bereits mehrfach nachgedacht und diskutiert worden ist, mit dem Ergebnis, diese Variante nicht weiter zu verfolgen.

Ich habe die große Hoffnung und erwarte, dass letztlich nach Erledigung der Prüfaufträge durch die Verwaltung im Rat eine Entscheidung zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler getroffen wird, die auch Jülichs Funktion als Mittelzentrum letztlich stärken wird.

Meine Damen und Herren,

der Spielraum ist eng, wer wüsste das nicht besser als diejenigen, die den Haushalt aufgestellt und diejenigen, die ihn tagelang beraten haben. Die äußeren Rahmenbedingungen wie z.B. die Kreisumlage und große Projekte wie die Schulneubauten sind die eine Seite. Die andere ist, wie können wir weiterhin Aktivitäten unterstützen, die das Zusammenleben in unserer Stadt fördern, die wichtig für die Gemeinschaft sind.

Die Verwaltung hatte zum Haushaltsausgleich eine 20 %ige Kürzung aller freiwilligen Leistungen in den Bereichen Kultur, Soziales und Sport vorgeschlagen, zusammen eine Ersparnis von 21.530 €. Gemessen am Verwaltungshaushalt von über 71 Mio € gerade einmal 0,03 %.

0,03 %! Alle, die einmal an Haushaltsberatungen teilgenommen haben wissen, dass im Laufe der Beratungen an anderen Stellen ohne Probleme mit weit höheren Summen mal gestrichen, mal eingesetzt oder mal verschoben werden. Als ein Beispiel nenne ich die quasi über Nacht eingeplante und durch Einsparungsvorschläge gegenfinanzierte Bereitstellung von 220.000 € Zinsen im Zusammenhang mit der Rückzahlung des Landeszuschusses für den Radwegtunnel.

Was ich damit sagen will. Diese 0,03 % Einsparungen im sogenannten freiwilligen Bereich sind für uns Einsparungen an der falschen Stelle. Betroffen wären die Vereine, die sich in besonderem Maße um Jugendliche kümmern, die Bereiche also, in denen sich Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich engagieren, wo soziales Lernen stattfindet, solidarisches Miteinander gefördert wird. Unserem Antrag, diese Kürzung zurück zu nehmen, haben sich

dankenswerterweise alle Fraktionen angeschlossen. Profitiert hat davon auch der Verein „Frauen helfen Frauen“, dem durch einen vorhergehenden Beschluss von CDU und FDP bereits eine 20 %ige Kürzung der Betriebskosten mit allen negativen Folgen ins Haus stand.

Um so unverständlicher ist es für uns deshalb, dass die Mehrheitsfraktionen CDU und FDP ausgerechnet beim Museum und bei der Bücherei nicht von ihrem Vorhaben abzubringen waren, Kürzungen von 5.000 bzw. 2.000 € vorzunehmen. Beide Institutionen werden nicht nur mit großem Engagement des Personals seit Jahren weiterentwickelt und für immer mehr Besucher und Nutzer attraktiver, sie werden auch von einer Vielzahl ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer getragen, deren Begeisterungsfähigkeit hoffentlich durch diese unsinnigen Sparmaßnahmen keinen allzu großen Dämpfer erhält.

Mit dem Haushaltsjahr 2001 wurde erstmals das neue Finanzverfahren KIRP (Kommunales Integriertes Rechnungs- und Planungssystem) eingeführt. Nach einem Jahr Erfahrung mit KIRP darf man ohne Übertreibung feststellen: Erwartungen der Politik hinsichtlich verbesserter Planungs-, Steuerungs- und Kontrollinstrumente wurden bis heute nicht in dem in Aussicht gestellten Umfang erfüllt. Im Gegenteil.

Dem Rat stand – wie auch in den früheren Jahren – bei den Beratungen des Haushaltsplans das Ist-Ergebnis des Vorjahres nicht zur Verfügung. Sicherlich konnten zu einzelnen Positionen die Zahlen bei der Kämmerei abgefragt werden. Dieses Vorgehen ist aber wenig befriedigend und zeitraubend. Zu oft müssen seitens der Politik bei der Verwaltung zeitnahe und detaillierte Berichte aus dem Vollzug des Haushaltes angemahnt werden.

Bürgermeister Stommel hatte in einem Interview mit der lokalen Presse vor der Einführung von KIRP auch einen wirtschaftlicheren Umgang der Verwaltung mit den ihr anvertrauten Ressourcen angesprochen, denn Potential sind hier vorhanden.

Als Einstieg hat die SPD bei den Beratungen beantragt, die sächlichen Verwaltungsausgaben um 5 % zu kürzen. Eine Einsparung von immerhin ca. 33.000 €. Auch dieser Antrag fand die Zustimmung aller Fraktionen. Eine wichtige Aufgabe für die Zukunft bleibt es aber weiterhin, sich stärker mit einzelnen Bereichen der Verwaltungsausgaben zu beschäftigen. Dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung Arbeitsbedingungen vorfinden müssen, die die von uns geforderten Leistungen ermöglichen und die ihre Motivation erhalten, ist dabei für uns eine Selbstverständlichkeit.

Kritisch zu sehen ist auch die finanzielle Belastung der Stadt durch die Beteiligung an der KDVB. Es kann nicht sein, dass die Stadt allein für die KDVB-Umlage in diesem Jahr 322.000 € zahlen muss und dass diese in den letzten zwei Jahren um 39 % gestiegen ist. Dieses Thema muss angepackt und soll jetzt in einer der nächsten Hauptausschusssitzungen behandelt werden.

Meine Damen und Herren.

Wichtig und erfreulich aus unserer Sicht, dass es gelungen ist trotz der schwierigen Finanzsituation Mittel bereit zu stellen für die Sanierung der Bolzplätze in der Innenstadt, den Bau von Sportheimen in Mersch und Broich und für bauliche Maßnahmen, die Menschen mit Behinderungen die Teilnahme am städtischen Leben erleichtern.

Positiv zu verbuchen ist auch die erhöhte Bereitstellung von Geldern für die Instandsetzung unserer Straßen. 290.000 € im Vermögenshaushalt und 101.200 € im Verwaltungshaushalt, wovon 51.200 € zusätzlich auf unseren Antrag hin bereitgestellt wurden. Wir hoffen und fordern mit Nachdruck, dass die entsprechenden Maßnahmen von der Verwaltung endlich

einmal im laufenden Haushaltsjahr umgesetzt werden, denn es besteht ein dringender Handlungsbedarf.

Ebenso wird ein Ausbau von Straßen in Güsten und Welldorf erfolgen - Das Baugebiet Sandweg und der erste Teil der Johannesstraße und Zum Rosental -. Diese Maßnahmen zeigen, das auch in diesem Haushalt die Dörfer nicht vergessen werden, das sie uns wichtig sind und bleiben.

Mit Freude sehen wir auch die positive Entwicklung des Brückenkopf-Parkes. Durch die Steigerung der Besucherzahlen kann der Zuschuss in diesem Jahr erneut gesenkt werden und vorgesehen ist, ihn im nächsten Jahr noch weiter auf 750.000 € abzusenken. Das ist dann der Betrag, den die Stadt auch aufzuwenden hätte, wenn sie den Park öffnen und selbst pflegen würde.

Unsere SPD- Mitglieder im Aufsichtsrat sind an dieser positiven Entwicklung maßgeblich beteiligt, durch aktive Mitarbeit und Vorschläge zum Ausbau und zur Attraktivitätssteigerung des Parkes. Jüngstes Beispiel hierfür ist der in diesem Jahr neu anzulegende Waldspielplatz, der von uns in einem ausgearbeiteten Plan genau an dieser Stelle vorgeschlagen wurde.

Meine Damen und Herren,

in diesen finanziell schwierigen Zeiten gilt es zu seiner Stadt zu stehen, mutig nach vorne zu schauen, Schwachstellen zu beseitigen und Einsparpotentiale zu nutzen. Und hier hilft uns dann leider die rheinische, man kann auch sagen fatalistische Lebensphilosophie "Et hät noch immer jood jejang." nicht mehr weiter.

Wir werden, um Herr im eigenen Hause zu bleiben, uns in Zukunft verstärkt um Einsparpotenziale bemühen müssen, vielleicht auch an strukturellen Änderungen nicht vorbei kommen.

Der Kämmerei ist es auch in diesem schwierigen Jahr gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Dafür, und auch für die Einführung in den Haushalt und die Unterstützung während den Beratungen möchte ich Herrn Spelthann und Herrn Köhne, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und Ihnen Herr Bürgermeister, im Namen der SPD-Fraktion ganz herzlich danken.

Wir Sozialdemokraten stehen zu Jülich. Wir wollen Jülich und seine Dörfer weiter voranbringen Wir sehen uns trotz einiger Kritikpunkte in der Pflicht und werden dem Haushalt 2002 zustimmen.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.



Franz Josef Köhne  
Fraktionsvorsitzender

21. März 2002

**Haushaltsrede zur Haushaltssatzung 2002  
der F.D.P.-Fraktion im Rat der Stadt Jülich  
C. H. Neuenhoff**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

die Haushaltsberatungen haben in diesem Jahr weniger Zeit in Anspruch genommen, als in den vergangenen Jahren. Dies lag vor allem auch daran, dass nun keine Gelder mehr zu verteilen sind. Wir sind soweit, dass wir – und da können wir uns bei der rot-grünen Mehrheit auf Bundes- und Landesebene bedanken – nur noch den Mangel verwalten können. Bund und Land versuchen krampfhaft, ihre Haushalte zu konsolidieren. Das ist ja vom Ansatz her durchaus eine lobenswerte Einstellung. Nur wird dieses zu Lasten der Städte und Kommunen betrieben.

Die kommunale Selbstverwaltung ist auf Grund der getroffenen Maßnahmen extrem gefährdet. Die Steuereinnahmen aus Gewerbesteuer und Einkommensteuer brechen in enormem Umfang weg. Belastungen, die den Kommunen im sozialen Bereich auferlegt werden, reißen weitere Löcher in den Haushalt. Nur der vorsichtigen Schätzung der Einnahmen aus Gewerbesteuer etc. durch den Kämmerer für das Jahr 2001 ist es zu verdanken, dass wir nicht ganz so schlimm dastehen, wie manch eine andere Kommune, die sich jetzt im Haushaltssicherungskonzept wiederfindet.

Nun ist es so, dass wir nicht unbedingt nur die Schuldigen auf Bundes- und Landesebene suchen sollten, sondern wir müssen auch vor unserer eigenen Haustür "kehren". Bereits in den vergangenen Jahren habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass wir strukturell am Haushalt der Stadt Jülich Änderungen vornehmen müssen.

In meiner Haushaltsrede zum Haushalt 1998 z. B. habe ich unter anderem ausgeführt: "Da eine kontinuierliche Steigerung der öffentlichen Einnahmen nicht mehr erwartet werden kann, müssen alle staatlichen Ebenen einen Umdenkungsprozess einleiten:

Weg von der ausgabenorientierten Einnahmeerzielung –  
hin zur einnahmeorientierten Ausgabenbegrenzung!

Ich nehme nur einmal ein Beispiel heraus, nämlich den Bürgersteig in der Kartäuserstraße, direkt hier, vor Ihrem Amtssitz. Meines Wissens sind hier schon mehrere Personen gestürzt und die Stadt hat entsprechende Regressansprüche zu befriedigen.

Ich wiederhole mich zum x-ten Mal, Herr Bürgermeister: Bei mir – und nicht nur bei mir – drängt sich der Eindruck auf, dass erst dann die Straßen saniert werden, wenn die Möglichkeit besteht, nach dem Kommunalabgabengesetz ein Teil der Kosten 30 % bis 50 % an die Anlieger weiterzugeben.

Ein vergleichbares Dilemma haben wir natürlich auch bei vielen öffentlichen Gebäuden, also auch bei den Schulen. Viele Grundschulen sind in einem erbärmlichen Zustand. Dies gilt nicht nur für die Gebäude, sondern auch für die Einrichtung. Sicherlich – die Realschule befindet sich mittlerweile in einem ansehnlichen Zustand. Wenn ich daran denke, welche Ausgaben auf die Stadt Jülich mit Bezug auf die Schulen noch zukommen und ich erwähne hier nur Erweiterungsbauten für Gymnasium Zitadelle, Erweiterungsbau Schirmer-Schule, Instandsetzung Promenadenschule usw. usw., dann frage ich mich wirklich: Wie lange können wir uns noch freiwillige Einrichtungen oder auch Abteilungen innerhalb der Stadtverwaltung leisten?

Die Instandhaltung von öffentlichen Gebäuden, Straßen etc. gehört zu den Pflichtaufgaben und so sollten sie auch bei der Bereitstellung von Mitteln und Erledigung behandelt werden.

Warum die F.D.P. meint, dass der uns vorgelegte Haushalt eine Schiefelage hat und keine strukturellen Veränderungen aufweist, möchte ich an zwei Beispielen nur ganz kurz anreißen:

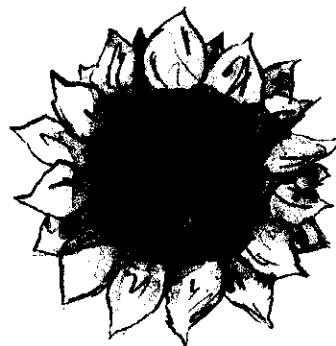
Die Ausgaben für das Museum steigen auch in 2002. Oder in der städtischen Bücherei werden für Mediendienste, also für die Anschaffung von Kassetten, CDs, Videos, Dias etc. 4.600,-- € veranschlagt; für Zeitschriften und sogenannte Periodika 4.400,-- €. Die Ausgaben zur Schaffung des "Grundbestand" von CD-Rom beträgt bereits seit 2000 jährlich rund 2000,-- €.

Folgekosten durch Anschluss-EDV belaufen sich die Kosten sogar seit dem Jahr 2000 auf 4.000,-- €. Die Kosten für die Pflege des "öffentlichen Grüns" in der Kleingartenanlage belaufen sich auf rund 30.000,-- €!

Der Bürgermeister setzt aber in seinem Haushaltsentwurf, der uns vorgelegt wurde, für die Instandsetzung von Straßen, Wege und Plätze nur 50.000,-- € an.

## Bündnis 90/Die Grünen

Fraktion im Rat der Stadt Jülich



Haushaltsrede 2002

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger

21.03.02

Wovon sprechen wir eigentlich in diesem Haushalt?

Der Haushalt 2002 hat folgende Volumen (die bereits auch genannt wurden).

Verwaltungshaushalt	71,16 Mio. EUR	(139,2 Mio. DM)
Vermögenshaushalt	17,686 Mio. EUR	(34,5 Mio. DM)
VE	12,715 Mio EUR	(24,9 Mio DM)
Gesamtkredite	8,455 Mio EUR	(16,5 Mio DM)

Zukunft heißt sparen.

Wir machen das, indem unsere Fraktion bisher immer Mittel, die ihr zur Fraktionsführung gestellt werden, nicht komplett verbrauchen, sondern an die Stadtkasse zurückzahlen. Warum können das andere nicht.

Zukunft heißt sparen.

Der diesjährige Schuldenberg steigt weiter. Für diesen Haushalt benötigen wir 8,5 Mio. EUR (d.h. 16.5. Mio. DM) vorgesehen im Ansatz waren 6 Mio. EUR, letztes Jahr noch 11,5 Mio. DM), durch den die Maßnahmen des Vermögenshaushaltes finanziert werden. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf dem Verwaltungshaushalt, da die Zinsen und Tilgungen hierüber finanziert

Zukunft heißt sparen.

Die Gebühren machen derweil den **größten** Einnahmeblock im Haushalt aus. Dies bedeutet, dass alle Bürgerrinnen und Bürger belastet werden, zur Deckung der Kosten, die innerhalb dieser Haushaltspositionen anfallen.

Zukunft heißt sparen.

Die Pro-Kopf-Verschuldung lag 2000 bei 3573 DM je Einwohner, 2001 bei 3742 DM und steigt, nach dem diesjährigen Entwurf, weiter bis auf ca. 2000 EUR (3900 DM) für jeden Bürger egal ob Kind oder Erwachsener. Sah es letztes Jahr noch so aus, als ob eine Reduzierung erfolgen würde und damit eine erfreuliche Entwicklung kommt, so sehen wir uns erneut einer Steigerung gegenüberstehen..

Zukunft heißt sparen

Auch dieses Jahr, zum vierten mal, wird aus der Rücklage ein Betrag entnommen (0,6 Mio. EUR) um Löcher zu stopfen, so dass „der Bestand zum Jahresende 2002 nur noch geringfügig über dem Pflichtbestand liegen wird.“

Rücklagen sollten nicht zum Stopfen von Löchern innerhalb des Haushaltes verwendet werden, sondern um sich etwas für die Stadt leisten zu können.

#### Zukunft heißt sparen

Die Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer werden angehoben. Dies bedeutet, dass Mehrbelastung auf die Bürger und die Betriebe noch in diesem Jahr zukommen.

#### Zukunft heißt sparen

Der Brückenkopfpark kostet uns 986.000 EUR (d.h. 1,9 Mio. DM) In 2001 waren es 2,35 Mio. DM im Verwaltungshaushalt stehen.

In diesem Zusammenhang sind auch noch andere Gelder zu berücksichtigen, wie der Radweg durch das Gelände, der mit Fördergeldern erstellt wurde, unter der Auflage den Weg nach Ende der Laga öffentlich zugänglich zu machen oder aber die Fördergelder zurückzuzahlen.- schlappe 1,7 Mio. DM plus Zinsen von ca. 220 TEUR, die urplötzlich im Haushalt eingespart werden konnten.

Bei einem anderen Konzept, wie das, welches unsere Fraktion vorgeschlagen hatte, würden unnötige Konzeptüberlegungen nicht notwendig werden (auch diese Kosten Geld)  
Wir sind weiterhin der Ansicht, dass dies nicht der richtige Weg war.

#### Zukunft heißt sparen

Für uns haben die Schulen wie jedes Jahr oberste Priorität.

Die bereits letztes Jahr genannten notwendigen Reparaturen und Sanierungen müssen erfolgen.

Im Investitionsprogramm sind weiterhin die Gelder für Komplettsanierungen enthalten.

So z.B.:

die Erweiterung des Gymnasiums Zitadelle ist notwendig, aber nach welcher Variante ?  
(Gesamt 5,16 Mio. DM, dieses Jahr 850 TEUR),

bis zum Jahr 2004 in der GGS Ost eine Komplettsanierung erfolgen soll  
(1,025 Mio. EUR)

bis zum Jahr 2003 in der GGS Süd eine Komplettsanierung erfolgen soll  
(1,025 Mio. DM EUR),

bis zum Jahr 2004 in der GGS West eine Komplettsanierung erfolgen soll  
(1,025 Mio. EUR),

im Jahr 2004 eine Erweiterung der Realschule geplant ist  
(842 TEUR und Fenstererneuerung 662 TEUR),

der Neubau der Sonderschule ist fraglicher geworden

#### Zukunft heißt sparen

Schaut man sich den Haushalt an so wundert man sich insbesondere über die alljährlich steigenden Betriebskosten, wie z.B. Heizkosten, Energiekosten, Fernmeldegebühren und Portokosten.

Warum fehlen hier Konzepte zur Reduzierung dieser Kosten, werden diese Ausgaben denn überhaupt überprüft?

#### Zukunft heißt sparen

Der Haushalt soll eine Einnahme- und Ausgabesituation der Kommune realistisch darstellen.

Doch wie sieht es mit einigen Einnahmepositionen aus? Auf Nachfragen kommt vom Kämmerer die lapidare Auskunft, dass man sich darüber bewusst sein muss, dass hier Unwägbarkeiten enthalten sind. Ist das alles?

#### Zukunft heißt sparen

Die Freiwilligen Leistungen stehen immer auf dem Prüfstand, wenn es darum geht Einsparungen zu machen. Zu unserer Freude wurde die angekündigte 20% Kürzung nicht vollzogen. Dies ist für uns und die vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger im freiwilligen Bereich ein positives Signal.



Wir werden diesem Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Zukunft heißt für uns intelligent sparen im Sinne des Agenda-Gedankens (ökologisch, sozial und ökonomisch)

1. Schulbauten und Sanierungen realisieren
2. Schuldenberg reduzieren, vernünftiger Umgang mit den Geldern der Bürgerinnen und Bürger
3. Auszahlung von erwirtschafteten Überschüssen aus dem Haushalt an jeden einzelnen Bürger der Stadt
4. freiwillige Leistungen so weit wie möglich beibehalten
5. Energiekonzepte für Jülich entwickeln (für alle öffentlichen Gebäude)
6. ein Bürgerhaus im Herzen der Stadt
7. ein Kinder- und Jugendparlament im kinder- und familienfreundlichen Jülich
8. Radwegeplanung
9. kein Neubau von nicht notwendigen Straßen (höhere Belastung, mehr Verkehr, Belästigung für die Menschen)  
Vielleicht ist die Mobilität auch ohne PKW möglich?!
10. Aufstellung der Litfaßsäule
11. Förderung der Beteiligung am politischen Prozess von ausländischen Mitbürgern
12. Schulmilchgeld für Schulkinder.

# endgültige Änderungsliste Haushalt 2002

Verwaltungshaushalt		
	Einnahmen	Ausgaben
Stand laut Haushaltsentwurf	71.206.000 €	71.206.000 €
Änderungen durch Beratungen	-46.000 €	-46.000 €
Volumen Haushalt 2002	71.160.000 €	71.160.000 €

Vermögenshaushalt		
	Einnahmen	Ausgaben
Stand laut Haushaltsentwurf	15.343.000 €	15.343.000 €
Änderungen durch Beratungen	+2.343.000 €	+2.343.000 €
Volumen Haushalt 2002	17.686.000 €	17.686.000 €

Kreditaufnahme	
Stand laut Haushaltsentwurf	6.080.600 €
Änderungen durch Beratungen	+2.375.000 €
Kredite Vermögenshaushalt 2002	8.455.600 €

Verpflichtungsermächtigungen	
Stand laut Haushaltsentwurf	6.362.800 €
Änderungen durch Beratungen	+6.353.100 €
Verpflichtungsermächtigungen Vermögenshaushalt 2002	12.715.900 €

# Änderungsliste Haushalt 2002

## Verwaltungshaushalt Einnahme

Seite	Haushaltsstelle	(Kurz-)Bezeichnung	Ansatz alt	Ansatz neu	Änderung	Bemerkung
13	0200.13000	Erlöse aus Materialverkauf	500	1.600	+ 1.100 €	Liste für HfA 14.03.02. Erlöse aus "Leergutverkauf" PC-Material
98	3200.11000	Eintrittsgelder Museum	10.000	15.000	+5.000 €	aus HfA 11.02.02. fehlte in Änderungsliste der Verwaltung
98	3200.13000	Verkauf Replikat/Druckschriften	3.000	4.000	+1.000 €	aus HfA 11.02.02. fehlte in Änderungsliste der Verwaltung
117	3660.17100	Landeszuschuss Stadtmarketing	33.750	55.280	+21.530 €	Liste für HfA 14.03.02. teilweise neu wegen verspätetem Projektbeginn
117	3660.17700	Zuschüsse Privatwirtschaft Stadtmarketing	14.000	23.270	+9.270 €	Liste für HfA 14.03.02. teilweise neu wegen verspätetem Projektbeginn
130	4200.17100	Landeszumweisung nach EIOAG	87.000	149.500	+62.500 €	Erstattung für Vorjahre
138	4370.16100	Beratungspauschale	22.500	26.100	+3.600 €	Erstattung für Vorjahre
147	4641.11010	Erstattung Verpflegungskosten	360	0	-360 €	keine Übermittlungsbetreuung
147	4641.16200	Kreiszuweisung Kindergarten Bourheim	97.000	92.800	-4.200 €	gemäß Bescheid Kreis
149	4642.11010	Erstattung Verpflegungskosten	2.370	2.360	-10 €	Angleichung an Ausgabe
149	4642.16200	Kreiszuweisung Kindergarten Broich	139.100	135.600	-3.500 €	gemäß Bescheid Kreis
149	4642.17100	Landeszumweisung Kindergarten Broich	28.700	30.000	+1.300 €	gemäß Bescheid Land
157	4649.11000	Erstattung Beibrückungskosten	540	340	-200 €	Wegfall Barmen/Merzenhausen ab 08/2002
159	4700.15010	Einnahmen Ausländerbeitrag	30	0	-30 €	dezeit kein Ausländerbeitrag
172	5800.15020	Kostenersatzung Land	134.000	115.000	-19.000 €	Kostenersatzung Gruppilfeg Zladelle gemäß Vertrag
238	8100.22000	Konzessionsabgabe EWV	455.000	506.000	+51.000 €	gemäß Abrechnung 2002 und Abschlagszahlung 2002
254	9000.04100	Schlüsselzuweisungen	2.420.000	2.280.000	-140.000 €	endgültiger Betrag gemäß Bescheid
254	9000.07100	Erstattung Solidarbeitrag	410.000	375.000	-35.000 €	endgültiger Betrag gemäß Bescheid
		Summe Änderungen Einnahme			-46.000 €	

Verwaltungshaushalt/Ausgabe

Seite	Haushaltsstelle	(Kurz-)Bezeichnung	Ansatz alt	Ansatz neu	Änderung	Bemerkung
522	verschiedene	ehemaliger Sammelnachweis II			-33.000 €	
9	0020.63000	Material Lokale Agenda 21	5.200	13.900	+8.700 €	pauschale Kürzung um 5 % gemäß HFA 14.03.02
14	0200.54200	Deckungskreis Heizkosten	4.250	29.450	+25.200 €	keine Zuschüsse an Vereine mehr (siehe 4700.71704) + Mittel aus Vorjahr
17	0210.63000	externe Untersuchungen	5.000	2.500	-2.500 €	Mehrkosten gemäß Rechnungen Stadtwerke
19	0220.56210	Fortbildung	51.000	50.000	-1.000 €	Kürzung zur Finanzierung Rückzahlung Zinsen LZ Radwegetunnel
22	0240.61040	Öffentlichkeitsarbeit	9.200	8.000	-1.200 €	Kürzung zur Finanzierung Rückzahlung Zinsen LZ Radwegetunnel
38	0600.52035	Deckungskreis Unterhaltung PC	15.000	18.000	+3.000 €	Kürzung zur Finanzierung Rückzahlung Zinsen LZ Radwegetunnel
50	1100.63003	Ölunfälle	4.000	3.000	-1.000 €	Liste für HFA 14.03.02; Mehrausgaben nach Ausschreibung Verbrauchsmaterial
50	1100.67700	Kostenbeteiligung Tierheim Burgau	15.100	15.200	+100 €	Kürzung zur Finanzierung Rückzahlung Zinsen LZ Radwegetunnel
56	1300.54001	Energiekosten Feuerwehr	46.100	56.400	+10.300 €	gemäß Abrechnung
57	1300.71700	Veranstaltungen Feuerwehr	6.900	7.900	+1.000 €	gemäß Rechnungen Stadtwerke, wegen Erhöhung Kanalbenutzungsgebühren
69	2101.54000	Energie/Wasser GGS Nord	78.120	79.900	+1.780 €	Zuschuss "25 Jahre Jugendfeuerwehr
72	2102.54000	Energie/Wasser GGS Ost	56.860	59.400	+2.540 €	wegen Erhöhung Kanalbenutzungsgebühren
75	2103.54000	Energie/Wasser GGS Süd	55.580	56.300	+720 €	wegen Erhöhung Kanalbenutzungsgebühren
77	2104.54000	Energie/Wasser GGS Wst	62.920	65.000	+2.080 €	wegen Erhöhung Kanalbenutzungsgebühren
79	2105.54000	Energie/Wasser Katholische GS	49.040	51.200	+2.160 €	wegen Erhöhung Kanalbenutzungsgebühren
82	2150.54000	Energie/Wasser Hauptschule	120.680	125.700	+5.020 €	wegen Erhöhung Kanalbenutzungsgebühren
84	2200.54000	Energie/Wasser Realschule	86.200	87.200	+1.000 €	wegen Erhöhung Kanalbenutzungsgebühren
87	2300.54000	Energie/Wasser Gymnasium	168.460	179.800	+11.340 €	wegen Erhöhung Kanalbenutzungsgebühren
90	2700.54000	Energie/Wasser Sonderschule	50.000	50.300	+300 €	wegen Erhöhung Kanalbenutzungsgebühren
98	3200.41410	Personal Museum	0	15.000	+15.000 €	wegen Erhöhung Kanalbenutzungsgebühren
98	3200.41600	geringfügig Beschäftigte Museum	0	9.000	+9.000 €	aus Vertrag mit Land, 0,5 Stelle Sekretärin
98	3200.50070	Baunterhalt Museum Zitadelle	0	8.000	+8.000 €	aus Vertrag mit Land, für Schließdienst und Wartungsarbeiten
98	3200.54000	Betriebskosten Museum Zitadelle	22.500	32.500	+10.000 €	aus Vertrag mit Land
99	3200.59000	Fertigung Replikat/Druckschriften	11.000	8.500	-2.500 €	Beschluss HFA 11.03.2002
99	3200.63000	Vergütung Aufsichtskräfte	30.000	28.000	-2.000 €	Einsparvorschlag Verwaltung

Verwaltungshaushalt Ausgabe						
Seite	Haustatsstelle	(Kurz-)Bezeichnung	Ansatz alt	Ansatz neu	Änderung	Bemerkung
99	3200.63001	Veranstaltungen des Museums	15.000	12.500	-2.500 €	Beschluss HFA 11.03.2002
106	3310.63050	Nebenkosten Theater	17.700	15.500	-2.200 €	Kürzung zur Finanzierung Rückzahlung Zinsen LZ Radwegtunnel
106	3310.71700	Zuschüsse Musikvereine	4.000	5.100	+1.100 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
106	3310.71701	Förderung Initiativen	1.200	1.500	+300 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
106	3310.71702	Zuschuss Jazz Club	600	750	+150 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
111	3520.52032	Aufbau CD-Rom Bestand	2.000	1.500	-500 €	Beschluss HFA 14.03.2002 (Kürzung 2.500 € bei Bucherei)
112	3520.59000	Kosten Zeitschriften und Periodika	4.400	3.400	-1.000 €	Beschluss HFA 14.03.2002 (Kürzung 2.500 € bei Bucherei)
112	3520.59001	Mediendienst	4.600	3.600	-1.000 €	Beschluss HFA 14.03.2002 (Kürzung 2.500 € bei Bucherei)
117	3660.63002	Förderprojekt Stadtmarketing	56.300	92.670	+36.370 €	Liste für HFA 14.03.02, teilweise neu wegen verspätetem Projektbeginn
117	3660.71700	Zuschüsse Stadtteiljubiläen	400	500	+100 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
117	3660.71701	Zuschüsse Heimat- und Kulturvereine	3.100	3.850	+750 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
117	3660.71702	Zeitkostenzuschüsse	4.900	6.150	+1.250 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
117	3660.71704	Zuschuss Kunstverein	200	250	+50 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
117	3660.71705	Zuschuss Kinderzug	1.600	2.000	+400 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
117	3660.71707	Zuschüsse Vereinsjubiläen	1.200	1.500	+300 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
118	3660.71708	Zuschüsse Tanzgruppen	400	500	+100 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
118	3660.71709	Zuschüsse Geschichtsvereine	400	500	+100 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
128	4100.71200	Anteil Sozialhilfe	1.810.000	1.690.000	-120.000 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
136	4360.53001	Miete Übergangsheim Wolfsgracht	28.000	28.700	+700 €	Neuberechnung mit aktuellen Fallzahlen gemäß Mietvertrag
140	4600.71701	Zuschüsse Jugendgruppe	1.640	2.050	+410 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
140	4600.71702	Zuschüsse TOT des SKF	6.540	8.180	+1.640 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
140	4600.71704	Zuschüsse Ferienhilfswerk	1.640	2.050	+410 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
140	4600.71705	Zuschuss SKF	9.100	11.350	+2.250 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
140	4600.71710	Zuschuss Betriebskosten "Kleine Fische"	5.000	0	-5.000 €	geht in 2002 voraussichtlich nicht in Betrieb
142	4601.71701	Zuschuss Programmkosten KuBa	0	3.000	+3.000 €	zur Durchführung von Kleinkunstveranstaltungen
143	4602.50020	Fenster Hausmeister Jugendheim	15.500	0	-15.500 €	entfällt wegen Finanzierung Rückzahlung Zinsen LZ Radwegtunnel

**Verwaltungshaushalt Ausgabe**

Seite	Haushaltsstelle	(Kurz-)Bezeichnung	Ansatz alt	Ansatz neu	Änderung	Bemerkung
144	4602.71200	Rückzahlung Projektmittel Jugendheim	0	300	+300 €	Zuckzahlung Zuschuss 2001
145	4640.54000	Energie KiGA Betrastraße	8.690	13.090	+4.400 €	höherer Wasserverbrauch (Ursache wird noch geklärt)
147	4641.58000	Verpflegungskosten	360	0	-360 €	keine Übermittagsbetreuung
149	4642.52040	Sachkosten § 14 Kindergarten Broich	1.330	600	-730 €	
155	4645.54000	Energie Kindergarten Steinstraß	7.200	8.140	+940 €	gemäß Abrechnung/Abschläge Stadtwerke
157	4649.63000	Beförderungskosten	6.980	2.050	-4.930 €	Einstellung Beförderung Merzenhausen/Barmen ab 08/02
157	4649.67200	Einzahlung Kindergartenpool	0	10.000	+10.000 €	derzeit erwartete Einzahlung, Abrechnung steht noch aus
159	4700.71700	Zuschüsse Altenstuben	4.100	5.110	+1.010 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
159	4700.71701	Kleinerer Maßnahmen Sozialpläne	7.350	9.200	+1.850 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
159	4700.71703	Zuschuss Frauen helfen Frauen	10.200	12.800	+2.600 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
159	4700.71704	Zuschuss Kommunale Projekte	3.500	0	-3.500 €	jetzt nur noch für "lokale Agenda", siehe 0020.63000
159	4700.71705	Zuschüsse Wohlfahrtsverbände	3.900	4.960	+1.060 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
165	5500.71700	Zuschüsse Sportvereine	20.500	25.600	+5.100 €	Aufhebung der 20 % Kürzung bei freiwilligen Zuschüssen (HFA 11.03.2002)
165	5500.71703	Zuschuss Betreuung Jugendliche	2.000	2.600	+600 €	gemäß Prioritätenplan KuSSS 17.01.2002
167	5600.51001	Sanierung Sportplatz Stetternich	0	9.500	+9.500 €	Überprüfung Standsicherheit auf allen Plätzen
167	5600.51004	Standsicherheit Flutlichtmasten	0	15.000	+15.000 €	Beschluss HFA 14.03.02 gemäß Beschluss KuSSS
167	5600.51003	Unterhaltung Bolzplätze	0	8.800	+8.800 €	für Aufsichtsdienste, Reinigung etc.
171	5720.54000	Betrieb Badesee	2.800	4.000	+1.200 €	aus Vertrag mit Land; 60 % der Arbeiten sollen vom Bauhof erledigt werden
172	5800.57000	Grünpflege Zitadelle	134.000	45.000	-89.000 €	entfällt
172	5800.61030	Unser Dorf soll schöner werden	1.000	0	-1.000 €	
174	5900.71600	Zuschuss Brückenkopfpark	997.000	986.000	-11.000 €	Kürzung zur Finanzierung Rückzahlung Zinsen LZ Radweggetunnel
188	6150.84101	Zinsen Landeszuschuss Radweggetunnel	0	220.000	+220.000 €	erwartete Zinsen aus Rückzahlung LZ in Höhe von rund 867.000 €
190	6300.51000	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze	50.000	101.200	+51.200 €	Aufstockung gemäß Überschuss am Ende der Haushaltsberatungen
190	6300.51001	Brückensanierungen	5.000	40.000	+35.000 €	für Brückenprüfungen
190	6300.51002	Brücke Aachener Straße	30.000	0	-30.000 €	Sanierung unwirtschaftlich, statt dessen Neubau im Vermögenshaushalt
190	6300.51004	Brücke Overbacher Weg	55.000	0	-55.000 €	Sanierung unwirtschaftlich, statt dessen Neubau im Vermögenshaushalt

**Verwaltungshaushalt Ausgabe**

Seite	Haushaltsstelle	(Kurz-)Bezeichnung	Ansatz alt	Ansatz neu	Änderung	Bemerkung
190	6300.51005	Brücke Lorschecker Straße	45.000	0	-45.000 €	verschoben nach 2003 wegen Finanzierung Rückzahlung Zinsen LZ Radwegetunnel
193	6700.57001	UH Straßenbeleuchtung	195.000	228.000	+33.000 €	gemäß Ausgabeentwicklung in 2001
193	6700.58100	Stromkosten Straßenbeleuchtung	121.000	163.000	+42.000 €	gemäß Abrechnung/Abschläge Stadtwerke
200	6910.71300	Beitrag WVER (Gewässerunterhaltung)	324.000	322.000	-2.000 €	gemäß Bescheid Wasserverband
208	7020.54000	Betriebskosten WC Schloßplatz	2.000	2.500	+500 €	gemäß Abrechnung/Abschläge Stadtwerke
214	7500.51000	Wege und Anlagen Friedhöfe	7.500	5.000	-2.500 €	Kürzung zur Finanzierung Rückzahlung Zinsen LZ Radwegetunnel
214	7500.54000	Betriebskosten Leichenhallen	15.000	12.000	-3.000 €	Kürzung zur Finanzierung Rückzahlung Zinsen LZ Radwegetunnel
219	7610.54000	Bewirtschaftung Mehrzweckhallen	12.800	13.700	+900 €	wegen Erhöhung Grundsteuer B
224	7614.54000	Betriebskosten Bürgerhalle Gästen	11.300	12.000	+700 €	gemäß Abrechnung/Abschläge Stadtwerke
233	7800.51000	Unterhaltung Wirtschaftswege	40.000	5.000	-35.000 €	Kürzung zur Finanzierung Rückzahlung Zinsen LZ Radwegetunnel
240	8170.67500	Erstattung Verwaltungskostenbeitrag	0	25.000	+25.000 €	Vorausleistung gezahlt für ganz 2002, entfällt ab 04.09.2002 (da GmbH)
242	8400.54001	Betriebskosten Stadthalle	17.300	19.500	+2.200 €	gemäß Abrechnung/Abschläge Stadtwerke
249	8810.54000	Steuern und Abgaben	30.000	32.100	+2.100 €	wegen Erhöhung Grundsteuer B
249	8810.54005	Betriebskosten ehem. Landwirtschaftsschule	20.960	23.000	+2.040 €	gemäß Abrechnung/Abschläge Stadtwerke
254	9000.83200	Kreisumlage	10.801.000	10.618.000	-183.000 €	geringere Umlagegrundlage, Hebesatz = 35,6 %
255	9000.83201	Härteausgleich Beteiligung Sozialhilfe	100.000	63.300	-36.700 €	Erstattung aus Abrechnung 2001 = 18.000 €, darauf aufbauend Zahlung 2002
255	9000.83210	Jugendamtsumlage	4.381.000	4.385.000	+4.000 €	geringere Umlagegrundlage, aber höherer Hebesatz 14,7 %

Summe Änderungen Ausgabe -46.000 €

# Änderungsliste Haushalt 2002

Vermögenshaushalt Einnahme						
Seite	Haushaltsstelle	(Kurz-)Bezeichnung	Ansatz alt	Ansatz neu	Änderung	Bemerkung
290	2000.36102	Schulpauschale	665.000	0	-665.000 €	in Einzelplan 9 zu veranschlagen, siehe jetzt dort
306	2300.36100	Landeszuweisung Gymnasium	770.000	735.000	-35.000 €	bewilligt = 2,1 Mio €, davon 35 % abrufbar bei Erteilung Auftrag "Rohbau"
386	6300.34710	Erstattung Zufahrt Auenweg	0	5.000	+5.000 €	Erstattung von 50 % der Ausgaben
410	7000.35200	Kanalanschlussbeiträge	148.000	101.000	-47.000 €	Abrechnung Serrest erst 2003
462	9000.36100	Investitionspauschale	400.000	380.000	-20.000 €	endgültiger Betrag gemäß Becheid
462	9000.36103	Schulpauschale	0	730.000	+730.000 €	bisher in UA 2000 veranschlagt, neuer Betrag gemäß Bescheid
464	9100.37700	Kreditaufnahmen	6.080.600	8.455.600	+2.375.000 €	zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes erforderlich

Summe Veränderung Einnahmen +2.343.000 €



**Vermögenshaushalt Ausgabe**

Seite	Haushaltsstelle	(Kurz-)Bezeichnung	Ansatz alt	Ansatz neu	Änderung	Bemerkung
270	0200.95008	behindertengerechter Ausbau	0	10.000	+10.000 €	Beschluss HFA 14.03.2002
276	0600.93501	Verkabelung Online	5.000	38.000	+33.000 €	für Netzwerkumstellung
282	1300.94011	Aufstellung von Hydrantschildern	0	6.000	+6.000 €	in Neubaugebieten, Rechnung Stadtwerke liegt vor
292	2101.94002	Fenster- und Fassade GGS Nord	35.000	105.000	+70.000 €	für Restarbeiten
294	2102.94007	Außenanlage Fertiggassen GGS Ost	0	21.000	+21.000 €	zusätzlicher Bedarf für Schluffrechnung
296	2103.94000	Sanierung GGS-Süd	75.000	150.000	+75.000 €	höherer Bedarf für Planungskosten
296	2103.94000	Sanierung GGS-Süd	VE 1.375.000	VE 1.300.000	-75.000 €	Kürzung der VE gemäß Aufstockung Ansatz
304	2200.93503	Klassencontainer Realschule	0	85.000	+85.000 €	Beschluss HFA 18.03.2002
306	2300.94002	PCB-Sanierung Gymnasium	0	50.000	+50.000 €	im Vorgriff auf den Haushalt bereitgestellt
306	2300.94002	PCB-Sanierung Gymnasium	0 VE	VE 100.000	+100.000 €	im Vorgriff auf den Haushalt bereitgestellt
306	2300.94006	Erweiterung Gymnasium	1.280.000	850.000	-430.000 €	Planungskosten, Bau siehe VE
306	2300.94006	Erweiterung Gymnasium	0 VE	VE 4.310.000	+4.310.000 €	Gesamtausgaben = 5,16 Mio €, VE kassenwirksam in 2003 und 2004
306	2300.94009	Brandschutz Gymnasium	0	3.500	+3.500 €	Haushaltsrest wurde in 2001 abgesetzt, jetzt liegt Schlussrechnung vor
310	2700.94000	Erweiterung Sonderschule	0	50.000	+50.000 €	Planungskosten
340	4600.93503	Ausstattung Spielplatz Gärten	2.000	2.300	+300 €	gemäß Angebot Lieferant
340	4600.98703	Zuschuss Einrichtung Jugendheim Weldorf	VE 0	VE 5.100	+5.100 €	Beschluss HFA 14.03.2002; Zuschuss wie Jugendheim Mersch
352	4642.94001	Therapieraum Kindergarten Broich	0	3.000	+3.000 €	Restarbeiten
354	4643.98200	Rückzahlung Zuweisung Einrichtung	0	200	+200 €	gemäß Abrechnung und Bescheid Kreis Düren
356	4644.93500	Sachkosten Kindergarten Koslar	1.000	0	-1.000 €	in 2002 kein Bedarf nach Anschaffungen im Zusammenhang mit Erweiterung in 2001
364	5100.98100	Krankenhausinvestitionsumlage	0	153.000	+153.000 €	Beteiligung der Kommunen an 20 % der Landesausgaben über pro-Kopf-Umlage
364	5500.98700	Zuschüsse zum Bau von Sportstätten	0	32.000	+32.000 €	Beschluss HFA 14.03.2002; Mersch 20.000 €, Container Broich 12.000 €
364	5500.98700	Zuschüsse zum Bau von Sportstätten	VE 0	VE 20.000	+20.000 €	zweiter Teil Mersch
372	5800.94002	Fällen Pappaein Sevenicher Weg	0	7.000	+7.000 €	Mittel sind apl. bereitgestellt (Gefahr Astbruch)
374	5900.93000	Kapitaleinlage Brückenkopfpark	0	1.000	+1.000 €	Erhöhung Stammkapital durch Umstellung auf Euro (Rat 14.20.2002)
374	5900.94000	Sanierung Südbastion	0	50.000	+50.000 €	für Gutachten
382	6150.98101	Rückzahlung LZ Radwegetunnel	0	867.000	+867.000 €	Erstattungsbescheid liegt vor, Zinsen siehe Verwaltungshaushalt

**Vermögenshaushalt Ausgabe**

Seite	Haushaltsstelle	(Kurz-)Bezeichnung	Ansatz alt	Ansatz neu	Änderung	Bemerkung
386	6300.93502	Aufstellung Schaukasten Kölnstraße	0	8.000	+8.000 €	Rest wurde abgesetzt, Angebot liegt jetzt vor!
386	6300.95003	Betonfahweg Auenweg	0	10.000	+10.000 €	bisheriger "Betonfahweg", 50 % der Ausgaben werden erstattet
388	6300.94012	Ausbau Johannesstraße	0	40.000	+40.000 €	vorgezogen aus Investitionsprogramm 2003 gemäß HFA 18.03.2002
388	6300.94012	Ausbau Johannesstraße	VE 0	VE 200.000		teilweise als VE
388	6300.94031	Neubau Brücke Bongardstraße	0	54.000	+54.000 €	Mehrausgaben durch Leitungsverlegung
388	6300.94033	Brücke Radweg Kirchberg	0	1.400	+1.400 €	Restarbeiten
390	6300.95009	Endausbau Baugebiet Sandweg	0	50.000	+50.000 €	Planung, Ausbau siehe VE
390	6300.95009	Endausbau Baugebiet Sandweg	VE 0	VE 428.000		Beschluss HFA 18.03.2002, für Ausbau; Planung siehe Ansatz
390	6300.95015	Endausbau Baugebiet Vict.-Gollancz-Straße	10.000	0	-10.000 €	geschoben in MIP, "Sandweg" vorgezogen gemäß HFA 18.03.2002
390	6300.95015	Endausbau Baugebiet Vict.-Gollancz-Straße	VE 300.000	VE 0		geschoben in MIP, "Sandweg" vorgezogen gemäß HFA 18.03.2002
390	6300.95024	Anbindung Baugebiet Ölmühle	0	50.000	+50.000 €	Zufahrtsstraße von L 136 einschl. Mühlenteichbrücke
390	6300.95024	Anbindung Baugebiet Ölmühle	VE 0	VE 320.000		teilweise als VE
392	6300.95027	Ausbau Bothenhof	0	1.700	+1.700 €	für Schlussrechnung noch erforderlich
392	6300.95029	Erschließung Baugebiet "Ölmühle"	0	50.000	+50.000 €	Straßenerschließung Neubaugebiet
392	6300.95029	Erschließung Baugebiet "Ölmühle"	VE 0	VE 147.000		Straßenerschließung Neubaugebiet
392	6300.95033	Neubau Brücke Lobsgasse	105.000	121.000	+16.000 €	Restübertragung aus 2001 nicht möglich
392	6300.95038	Endausbau Straße "Zum Rosental"	0	40.000	+40.000 €	Planung, Ausbau siehe VE
392	6300.95038	Endausbau Straße "Zum Rosental"	VE 0	VE 160.000		Beschluss HFA 18.03.2002, für Ausbau; Planung siehe Ansatz
392	6300.95042	Stadtanteil DKB Strecke Linnich	0	100.000	+100.000 €	gemäß Vereinbarung
394	6300.96001	UA-I-Maßnahmen	100.000	290.000	+190.000 €	Neuveranschlagung in 2001 nicht ausgegebener Mittel
394	6300.96003	Verbreiterung Brücke K6 Koslar	VE 0	VE 75.000		Gehwege (bisher nicht vorhanden), Kreis führt Maßnahme in 2002 aus
394	6300.96004	Ausbau "Sandweg"	0	12.000	+12.000 €	Planung ("alter Teil"), wegen Zufahrt zu Baugebieten
394	6300.96015	Neubau Brücke Aachener Straße	0	75.000	+75.000 €	bisher Sanierung vorgesehen, unwirtschaftlich
394	6300.96015	Neubau Brücke Aachener Straße	VE 0	VE 150.000		teilweise als VE
394	6300.96016	Neubau Brücke Overbacher Weg	0	25.000	+25.000 €	bisher Sanierung vorgesehen, unwirtschaftlich
394	6300.96016	Neubau Brücke Overbacher Weg	VE 0	VE 125.000		teilweise als VE

**Vermögenshaushalt Ausgabe**

Seite	Haushaltsstelle	(Kurz-)Bezeichnung	Ansatz alt	Ansatz neu	Änderung	Bemerkung
394	6300.96020	Ausgleichsmaßnahme BG Am Wasserwerk	0	25.000	+25.000 €	für Beitragsabrechnung erforderlich
394	6300.96021	Ausgleichsmaßnahme BG Schulgrundstück	0	35.000	+35.000 €	für Beitragsabrechnung erforderlich
394	6300.96022	Ausgleichsmaßnahme BG Auenweg	0	200.000	+200.000 €	für Beitragsabrechnung erforderlich
398	6700.95009	Beleuchtung Türkenbend	0	4.000	+4.000 €	für Restarbeiten
398	6700.95013	Beleuchtung Holunderweg	0	8.000	+8.000 €	Neuveranschlagung, Maßnahme in 2001 nicht begonnen
398	6700.95014	Beleuchtung Lindenallee	VE 0	VE 50.000		soll bei Kanalerschließung mit beauftragt werden
398	6700.95017	Beleuchtung An der Ölmühle	VE 0	VE 18.000		soll bei Kanalerschließung mit beauftragt werden
410	7000.94002	Kanalerneuerung Christmastraße	170.000	178.600	+8.600 €	zusätzlicher Auftrag "Entsorgung teerhaltiges Material"
412	7000.95007	Kanal Baugebiet Holunderweg	0	140.000	+140.000 €	Neuveranschlagung, Maßnahme in 2001 nicht begonnen
412	7000.95020	Hausanschlüsse	VE 0	VE 44.000		Baugebiet Ölmühle
412	7000.95021	Kanal Goswin-de-Nickel-Straße	0	1.300	+1.300 €	Schlussrechnung Ingenieur
414	7000.95045	Erschließung Baugebiet "Ölmühle"	0	52.000	+52.000 €	Planungskosten Erschließung Neubaugebiet
414	7000.95045	Erschließung Baugebiet "Ölmühle"	VE 0	VE 400.000		Kanalerschließung Neubaugebiet
414	7000.95049	Kanalerneuerung Promenadenstrasse	148.000	152.000	+4.000 €	zusätzlicher Auftrag Stadwerke
414	7000.95054	Staukanal Kirchberg	36.000	42.000	+6.000 €	
416	7000.95059	Pumpstation Mühlenstrasse	VE 110.000	VE 0		Maßnahme lt. ABK verschoben in Folgejahre
416	7000.96001	Kanal Hahnengasse	0	20.000	+20.000 €	bisher nur Straßenerschließung veranschlagt
416	7000.96019	Entwässerung Serrest	VE 74.000	VE 360.000		Gesamtmaßnahme einschl. Leitung nach Pattem
432	7700.93500	Beschaffung PKW Fuhrpark Rathaus	0	15.000	+15.000 €	Ersatzbeschaffung Polo
446	8700.93000	Kapital StadtentwicklungsGmbH	0		+33.000 €	Neuveranschlagung der Mittel aus 2001 gemäß HFA 14.03.2002
448	8701.93000	Kapital KreisentwicklungsGmbH	0	2.000	+2.000 €	zusätzlicher Betrag zu Rest 2001
462	9000.98250	Kreisumlage Jugendamt	160.000	150.000	-10.000 €	geringere Umlagegrundlage
<p>Summe Veränderung Ausgaben +2.343.000 €</p>						
<p>Summe Veränderung Verpflichtungsermächtigungen +6.353.100 €</p>						

## **H a u s h a l t s s a t z u n g**

### **der Stadt Jülich für das Haushaltsjahr 2002**

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung v. 14.07.1994 (GV.NRW S.666) zuletzt geändert durch Gesetz v. 28.03.2000 (GV NRW S. 245), hat der Rat der Stadt Jülich am 21. März 2002 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

#### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2002, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

#### **im Verwaltungshaushalt**

in der Einnahme auf	<b>71.160.000 EUR</b>
in der Ausgabe auf	<b>71.160.000 EUR</b>

#### **im Vermögenshaushalt**

in der Einnahme auf	<b>17.686.000 EUR</b>
in der Ausgabe auf	<b>17.686.000 EUR</b>

festgesetzt.

#### § 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2002 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf

**8.455.600 EUR**

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

**12.715.900 EUR**

festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite**, die im Haushaltsplan 2002 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

**10.000.000 EUR**

festgesetzt.

§ 5

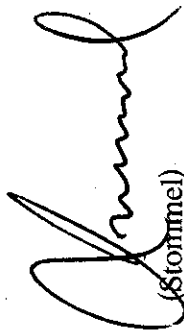
Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2002 wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer**
  - 1.1 für land- und forstwirtschaftliche Betriebe  
(Grundsteuer A) auf Hebesatz **235 %**
  - 1.2 für die Grundstücke  
(Grundsteuer B) Hebesatz **350 %**
  
2. **Gewerbesteuer**  
nach dem Gewerbeertrag Hebesatz **405 %**

§ 6

Beamte können mit Rückwirkung von höchstens 3 Monaten in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen sind, besetzbar sind.

Jülich, den 21. März 2002



(Stommel)

Bürgermeister